

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verlag von Gustav
Karl Dietrich, Berlin
Königsplatz 10. Tel. 1000 1000



Verlag von Gustav
Karl Dietrich, Berlin
Königsplatz 10. Tel. 1000 1000

Verlag von Gustav
Karl Dietrich, Berlin
Königsplatz 10. Tel. 1000 1000

14.3.33.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Vier Wochen mundtot!

Verbot der sozialdemokratischen Presse in Preussen um 14 Tage verlängert.

SPD. Auf Anordnung des Reichskommissars für das preussische Innenministerium ist die sozialdemokratische Presse in Preussen am Dienstag für weitere zwei Wochen verboten worden. Annähernd 120 preussische Zeitungen der Sozialdemokratischen Partei, die bereits in den letzten 14 Tagen zum Schweigen verurteilt waren, müssen auf weitere 14 Tage verstummen. In den übrigen Ländern des Reiches wird die sozialdemokratische Presse seit der "Gleichschaltung" der Landesregierungen mit dem Regime im Reich ebenso behandelt wie in Preussen. Von den 192 sozialdemokratischen Zeitungen erschienen am Dienstag noch zwei. Vielleicht hat man auch ihnen inzwischen den Mund verboten.

Das erste vierzehntägige Verbot der preussischen sozialdemokratischen Presse erfolgte im Zusammenhang mit dem Reichstagsbrand. Damals begründete der Reichskommissar für das preussische Innenministerium seine Massnahme damit, dass "der Brandstifter aus dem Reichstag in seinem Geständnis die Verbindung mit der Sozialdemokratischen Partei zugegeben hat". Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hat gegen diese Diffamierung sofort mündlich und schriftlich mit aller Entschiedenheit protestiert und so oft sich in der letzten Zeit Gelegenheit bot, wurden die zuständigen Stellen immer und immer wieder auf die Unmöglichkeit der Verbotsbegründung hingewiesen. Selbst rechtsstehende bürgerliche Blätter haben die Behauptung zurückgewiesen, dass die Sozialdemokratie mit einem kommunistischen Brandstifter in Verbindung stehen könnte.

Unterdessen sind vierzehn Tage ins Land gegangen. Der Sozialdemokratische Partei wurde weder eine Antwort auf ihre Protestschreiben zuteil noch hat bisher eine zuständige Stelle auch nur den Versuch gemacht, die in die Welt geschleuderte Diffamierung irgendwie zu begründen. Zwar wurden Beweise angekündigt. Aber bewiesen wurde bisher nichts, und so wahr zwei mal zwei vier ist, wird die ungeheuerliche Behauptung nie bewiesen werden. Sie kann nicht bewiesen werden, weil die Sozialdemokratische Partei zu dem Brandstifter van der Lubbe niemals Beziehungen unterhalten hat. Uns ist dieser Verbrecher ebenso unbekannt, ebenso verabscheuungswürdig wie jeder Mensch, der nicht in der Gewalt der Weisheit letzten Schluss sieht.

Trotzdem hat sich der Reichskommissar für das preussische Innenministerium bewogen gefühlt, in der Nacht zum Dienstag eine Anordnung zu erlassen, nach der unsere Presse auch in den nächsten vierzehn Tagen nicht erscheinen darf. Man hat sich nicht einmal die Mühe gemacht, wenigstens den Anschein einer Berechtigung für das erste vierzehntägige Verbot zu erwecken und den noch wird aus dem Handgelenk heraus eine neue Unterdrückungsmassnahme verfügt, die nicht nur an die Existenz zahlreicher, gut fundierter Unternehmungen, sondern auch an die Existenz von weit über zehntausend Arbeitern und Angestellten.

ten rüttelt. Dieser drakonische Schritt ist ohne Begründung erfolgt, weil es einen stichhaltigen Grund für ein weiteres Verbot der sozialdemokratischen Presse, der einem objektiven Urteil standhalten könnte, nicht gibt. Das vierzehntägige und jetzt um weitere vierzehn Tage verlängerte Verbot schliesst einen derartigen stichhaltigen Grund aus. Eine Presse, die unterdrückt ist, kann schliesslich keine stichhaltigen Gründe für neue Verbote liefern.

Unter den obwaltenden Umständen kann das neue Verbot gar keinen anderen Zweck haben als die Sozialdemokratische Partei wirtschaftlich zu treffen und ihre Betriebe an den Rand des Abgrundes zu bringen. Man hofft auf diese Weise, die in der ganzen Welt bewunderte, schlagkräftige Organisation der deutschen Sozialdemokratie vernichten zu können. Zwar redet man immer noch reichlich viel von der Beseitigung der Arbeitslosigkeit, aber dass durch das fortgesetzte Verbot der sozialdemokratischen Presse Tausende und Abertausende mit ihren Familien dem Hunger und Elend ausgeliefert werden, das scheint den Herren von heute wenig Kopfschmerzen zu machen.

Vor genau einem Jahr war die Organisation der Sozialdemokratie, war ihre Presse gut genug für Herrn von Hindenburg zu werben. Wochenlang sind wir damals auf unsere Kosten und mit unseren Kräften für die Wiederwahl des greisen Reichspräsidenten eingetreten. Wir brachten diese Opfer in der Erwartung, dass seine Wiederwahl wenigstens eine Sicherheit für den Rechtsstaat bedeuten würde. Niemals haben wir für das, was wir für die Wiederwahl Hindenburgs getan haben, Anerkennung oder gar Dank beansprucht. Wir verzichten darauf auch heute. Nur wünschen wir nicht länger als Staatsbürger zweiter Klasse nach zweierlei Recht behandelt zu werden, wie es gegenwärtig der Fall ist. Das ist eine Pflicht, die der Reichspräsident sich und seinem Eid auf die Verfassung schuldig ist.

SPD. Breslau, 14. März (Eig. Drahtb.)

In Breslau drangen etwa 15 bis 20 SA-Leute in die Wohnung des zweiten Vorsitzenden des Ortsvereins Breslau der SPD sowie in das danebenliegende Wohnhaus eines jüdischen Geschäftsmannes ein. Die Hakenkreuzler nahmen Akten und Flugschriften mit. Während der Aktion war die Strasse abgeriegelt.

SPD. Dresden, 14. März (Eig. Drahtb.)

In einer Pressebesprechung erklärte Reichskommissar von Killinger am Dienstag, dass die Presse die Pflicht habe, sich in den Dienst der nationalen Revolution zu stellen. Diejenigen Zeitungen, die das nicht tun würden, würden scharfe Massnahmen zu gewärtigen haben. Bei der Auswahl der Persönlichkeiten für die führenden Stellen sei für ihn der Diensteifer, die Verantwortungs-freudigkeit, die Anständigkeit und Ehrlichkeit, Energie und Mut der einzelnen Personen massgebend gewesen. Die jetzige Regelung sei nur kommissarisch. Die Zukunft werde entscheiden, wer von den jetzigen Männern bleiben werde. Es gelte vor allem, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten.

SPD. Die Diäten der amerikanischen Abgeordneten sind nach Beschluss des Hauses von 10 000 auf 8500 Dollar herabgesetzt worden.

SPD. In Württemberg sind das Reichsbanner und die Eiserne Front jetzt ebenfalls verboten worden. Das Tragen von Uniformen und Abzeichen jeder Art, die eine Zugehörigkeit zu diesen Vereinigungen kennzeichnen, ist in Württemberg nicht mehr gestattet. Ein gleiches Verbot für das Tragen von Abzeichen ist von der Oldenburgischen Regierung ausgesprochen worden. Auch sämtliche öffentlichen Versammlungen und Umzüge der Sozialdemokratischen Partei sind in Oldenburg verboten.

In Sachsen sind in einer Reihe von Betrieben die sozialdemokratischen Betriebsratsmitglieder entfernt und durch Obleute der nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation ersetzt worden. Das Vorgehen gründet sich auf eine Anordnung des Reichskommissars für das Land Sachsen, von Killinger, nach deren Wortlaut kommunistische Betriebsratsvertreter ihres Amtes zu entheben sind.

Ein Arbeitsdienstlager des "Sozialen Dienstes" in Landeshut in Schlesien wurde durch die Polizei zwangsweise aufgelöst. Die Teilnehmer wurden nach ihrer Heimat zurückgeschickt, das Lager wurde von SA-Leuten besetzt. Der "Sozial Dienst" ist die Organisation der Freien Gewerkschaften zur Einrichtung von Arbeitsdienstlagern, Werkstatt-Kollektiven, Arbeitslosen-Heimen und ähnlichem.

+ + +

In Heilbronn wurde das Verlagsgebäude des sozialdemokratischen "Neckar-Echo" und das Volkshaus besetzt und die Wohnung des sozialdemokratischen Abgeordneten Ulrich durchsucht.

Die Aktion gegen die Kommunisten hat nach dem Polizeibericht in Württemberg zu etwa 85 neuen Verhaftungen geführt.

SPD. Breslau, 14. März (Eig. Drahtb.)

Die Stabswache des Gruppenführers der schlesischen SA hält, wie die nationalsozialistische "Schlesische Tageszeitung" mitteilt, bis einschliesslich Mittwoch das Amts- und Landgerichtsgebäude besetzt. Die SA-Leute achten mit Unterstützung von Mitgliedern der NSBO-Fachgruppe Justiz an den Eingängen des Gerichtes darauf, dass kein Jude das Gebäude betritt.

SPD. Köln, 14. März (Eig. Drahtb.)

Das Verlagsgebäude der "Kölnischen Volkszeitung", das am Montag-Mittag von SA besetzt wurde, ist inzwischen wieder geräumt worden. Die über einige Redaktionsmitglieder verhängte Schutzhaft wurde aufgehoben. Die "Kölnische Volkszeitung" ist am Dienstag-Morgen wieder erschienen.

SPD. Hamburg, 14. März (Eig. Drahtb.)

Der Regierungspräsident in Schleswig hat dem nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Brix, der sich in der Nacht zum Sonnabend durch die SA und SS zum kommissarischen Oberbürgermeister von Altona befördern liess, die Zuständigkeit des Oberbürgermeisters und des Magistrats für Altona übertragen. Aus der Mitteilung, dass Herrn Brix die Zuständigkeiten des Gesamtmagistrats übertragen sind, ist zu schliessen, dass die von der SA und SS aus eigener Machtvollkommenheit als Stadtkämmerer, Stadtsyndikus, Stadtkommandant und Wohlfahrtssenator eingesetzten Nationalsozialisten nicht von der Regierung anerkannt worden sind.

SPD. In dem Berliner Prozess gegen den der Erschiessung der Kammersängerin Gertrud Bindernagel beschuldigten Bankier Hintze hat der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Bahn, nach mehrfachen Zusammenstössen mit dem Vorsitzenden am Dienstag-Nachmittag die Verteidigung niedergelegt. Die Verhandlung wird am Donnerstag mit einem Offizialverteidiger fortgesetzt.

Am Dienstag wurde Therese Bindernagel, die Schwester der getöteten Sängerin, vernommen. Sie verneint, dass Hintze ihre Schwester geliebt habe, bezeichnet ihn als ungebildet und stellt schliesslich fest, dass auch Gertrud Bindernagel über die Ehe mit Hintze in den letzten Monaten sehr unglücklich war.

SPD. Dresden, 14. März (Eig. Draht.)-

In Annaberg wurden 145 Funktionäre der KPD verhaftet. Die Massnahme erfolgte, nachdem das sächsische Innenministerium von der NSDAP dahin verständigt worden war, dass die KPD das Annaberger Ferngaswerk und das Elektrizitätswerk in die Luft sprengen wollte. Angeblich sollen Annaberger Kommunisten, im Besitz von über zwei Zentnern Dynamit, 350 Handgranaten und 250 Schusswaffen gewesen sein.

SPD. Schaumburg-Lippe war bisher das einzige Land, in dem es keine Schlachtsteuer gab. Nun hat der von der Reichsregierung ernannte nationalsozialistische Reichskommissar die Einführung der Schlachtsteuer (Fleischsteuer) verordnet. Die neue Steuer tritt bereits am 1. April in Kraft. Für die Einfuhr von Fleisch, Wurst usw. wird eine Ausgleichssteuer erhoben.

SPD. Frankfurt/M., 14. März (Eig. Dr.)

In Frankfurt a.M. wurden durch den Regierungspräsidenten von Wiesbaden der zweite Bürgermeister Dr. Schlosser (SPD) und die besoldeten Stadträte Dr. Michel (Soz) und Dr. Keller (Staatspartei) beurlaubt. Sie wurden vorübergehend in Schutzhaft genommen. Der Regierungspräsident hat ferner die bisherigen sozialdemokratischen und kommunistischen Stadträte ihres Amtes enthoben.

SPD. Das Berliner Regierungsorgan, der nationalsozialistische "Angriff", meldet das neue Verbot der sozialdemokratischen Presse in Preussen mit den Worten: "Verbot...zunächst um 14 Tage verlängert".....

SPD. Die handelspolitischen Beziehungen zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei haben sich in den letzten Tagen soweit verschärft, dass die Notierung der Tschechenkrone in Berlin, dem grössten Markt für die tschechische Valuta, eingestellt worden ist. Dieser Schritt ist die Folge protektionistischer Reibereien, die sich seit längerer Zeit zwischen den beiden Ländern geltend machen.

Die deutsch-tschechische Handelsbilanz ist zu Ungunsten der Tschechoslowakei passiv und zwar verhält sich die Einfuhr deutscher Waren nach der Tschechoslowakei zu der Einfuhr tschechischer Waren nach Deutschland wie 1,6 zu 1. Die Versuche der Tschechoslowakei gehen dahin, die Passivität in der Handels-

bilanz auszugleichen. Dem soll die vor einiger Zeit erlassene Bestimmung dienen, dass die deutschen Zahlungen nach der Tschechoslowakei an einer Stelle konzentriert werden. Zweifellos liegt dem die Absicht zugrunde, die Devisenzuteilung für tschechische Käufe in Deutschland nach den deutschen Einzahlungen zu regeln. Deutschland hat damit geantwortet, dass die Notierung der Tschechenkrone in Berlin nicht mehr stattfindet. Falls die Verhandlungen mit der Tschechoslowakei zu keinem Erfolg führen, ist mit schärferen Massnahmen Deutschlands zu rechnen. Unter Umständen kommen die Anwendung des deutschen Obertarifs in der Verzollung tschechischer Einfuhren nach Deutschland und Massnahmen der Devisenzuteilung für Käufe tschechischer Waren in Frage.

SPD. Aus Köln wird gemeldet:

"Einige SA-Leute drangen in die Wohnung eines jüdischen Kaufmanns ein und forderten unter Vorhalten von Pistolen die Öffnung des Geldschrankes, aus dem sie 800 Mark entwendeten. Drei an der Tat beteiligte SA-Leute wurden festgenommen und aus der Partei ausgeschlossen. Die Braunhemden wurden ihnen auf der Stelle ausgezogen. Ein Strafverfahren wegen räuberischer Erpressung wurde eingeleitet."

SPD. Königsberg, 14. März (Eig. Drahtb.)

In Ostpreussen werden allerorts die Verhaftungen fortgesetzt. Wahllos sind Kommunisten, Sozialdemokraten und Mitglieder des Reichsbanners die Opfer. In Neidenburg sind 32 Republikaner festgenommen worden, weil sie die SPD und das Reichsbanner mit Geld unterstützt haben. In Labiau sitzen vierzig SPD- und KPD-Funktionäre in "Schutzhaft". In Riesenburg hat die SA 35 Funktionäre der SPD und KPD sowie einige jüdische Geschäftsleute verhaftet. In Rosenberg hat die SA Post- und Bahngelände besetzt. In Elbing wurden zwei Kommunisten getötet, ein Kind und eine 70jährige Frau sowie ein SA-Mann durch Schüsse verletzt.

SPD. Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband Gau Sachsen hat den Reichskommissar für Sachsen telegrafisch gebeten, mit tunlichster Beschleunigung den 1. Mai, der in Sachsen immer noch als Symbol für die Internationale des Proletariats festlich begangen wird, als Feiertag aufzuheben.

SPD. Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft teilt mit, dass zu Beginn des Frühjahrs die üblichen Oberbauerneuerungsarbeiten in Angriff genommen werden. Sie will in diesem Jahr über die üblichen Saisoneinstellungen hinausgehen. Für die Bahnunterhaltung sollen 70 000 Arbeitskräfte eingestellt werden; dazu noch etwa 20 000 Mann, die durch Privatunternehmer bei den Erneuerungsarbeiten beschäftigt werden. Im Vorjahr hatte die Reichsbahnverwaltung am Ende der Bausaison einen scharfen Abbau der Arbeitskräfte vorgenommen; der Abbau erfasste fast 40 000 Mann.

Die Arbeiten der Reichsbahn haben mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm nichts zu tun. Sie sind zu begrüßen, denn bis jetzt ist von einer Entlastung des Arbeitsmarktes durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm noch nichts zu verspüren, obwohl das Wetter für Aussenarbeiten nicht ungünstig ist.

SPD. Die sogenannte Warenhaussteuer, die von der gegenwärtigen Regierung vorbereitet wird, soll keineswegs alle Schachtelbetriebe treffen. Sicher scheint zu sein, dass unter die neue Steuer die eigentlichen Warenhäuser und die Einheitspreisgeschäfte fallen werden. Dagegen soll die Sonderbesteuerung sich beispielsweise nicht auf Kaufhäuser erstrecken, die sich auf besondere Artikel spezialisiert haben. Ausnahmen will man auch bei den Filialgeschäften machen. In Frage kommen hier wohl solche Filialgeschäfte, wie die Unternehmungen der pommerschen Meiereien in Berlin und anderswo, die Gründungen landwirtschaftlicher Vereinigungen sind. Wie weit man Unterschiede zwischen Grossfilialunternehmen und Kleinfilialunternehmen machen will, ist bisher noch nicht ersichtlich.

SPD. Faschismus oder Volksstaat? - das ist die Frage, die nun, nachdem bei den Wahlen die Würfel gefallen sind, in der bürgerlichen Rechtspresse eifrig erörtert wird. Ab und zu hört man Mahnungen an die Verantwortlichen, zur Aufbauarbeit alle aufzubereiten Kräfte über die Grenzen der Partei hinweg heranzuziehen. Ob solche Stimmen einer über die Ereignisse des Tages hinausschauenden weisen Massigung Gehör finden werden?

Die Gewerkschaften aller Richtungen stehen zur Aufbauarbeit, vor allem auf dem Gebiet der Arbeitslosenfrage, bereit und zur Verfügung, und ein kluger Mann würde das Gute nehmen wo er es findet. Aber allem Anschein nach wollen manche Bauleute den Stein, der zum Eckstein werden könnte, wegwerfen. So sind neuerdings wieder vor allem in der Hugenbergpresse Vorstösse gegen die Gewerkschaften zu beobachten. Es wird da über die "zweite Front des Systems" gesprochen. Der Angriff des nationalen Deutschlands, so heisst es, dürfe vor den Stellungen der Gewerkschaften nicht Halt machen. Es sei nicht möglich, ein Deutschland der nationalen Freiheit, der Wirtschaftsgesundung und der sozialen Gerechtigkeit aufzubauen, wenn die Arbeiter und Angestellten in einem "Hörigkeitsverhältnis zu den Systemgewerkschaften" gehalten würden.

Wir wollen nicht mit Leuten streiten, die anscheinend nie etwas davon gehört haben, dass sich die Gewerkschaften vor nicht allzu langer Zeit mit einem Mann wie dem General v. Schleicher, also doch wohl einem durchaus nationalen Mann, immerhin einigermaßen verständigen konnten? Aber wir haben noch nicht die Hoffnung aufgegeben, dass - wie "Der Jungdeutsche" sich ausdrückt - der "Umbau des Staates nach deutschen Gesetzen" in Angriff genommen wird. Wenn etwas Neues gebaut werden soll, dann wenigstens kein Abklatsch fremder Vorbilder. Gerade auf sozialem Gebiet kann doch wahrhaftig ein Land wie Deutschland eigene Wege gehen, nach eigenen Plänen bauen.

Die nationale Bewegung hat sich stets Freiheitsbewegung genannt. Ihre Aufbauarbeit kann nur dann zu positiver Arbeit führen, wenn ihr Grundriss, ihr Bauplan sich auf Freiheit gründet. Auch das Ausrottungsexperiment des 30jährigen Krieges endete schliesslich mit der Anerkennung des Grundsatzes: Leben und leben lassen, und Katholiken und Protestanten mussten sich, ob sie wollten oder nicht, miteinander vertragen, und je mehr sie sich vertragen haben, desto mehr ging es wieder mit Deutschland aufwärts.

SPD. Als geschäftsführender Präsident des Reichskuratoriums für Jugend-
ertüchtigung ist an Stelle des vor einigen Tagen gestorbenen Generals a.D.
von Stülphagen, wie die "Süddeutsche Zeitung" erfährt, der Landesführer des
Stahlhelms für Baden und Württemberg, Major a.D. von Neufville, in Aussicht
genommen.

SPD. In Berlin wurde der Redakteur des Nazi-Angriffs und nationalsozialistische Stadtverordnete Lippert dem Oberbürgermeister Sahm als Kommissar beigeordnet. Der sozialdemokratische Kämmerer Asch sowie die sozialdemokratischen Stadträte W. gner, Nydahl und Heuer sind beurlaubt; desgleichen der zwei Bürgermeister Elsas (Staatsp.), an dessen Stelle der Deutschnationale Maretzki trat.

Das ist der Anfang der "Säuberung" der Berliner Stadtverwaltung, d.h. der Ausschaltung aller sozialdemokratischen höheren Beamten und deren Ersetzung durch Angehörige der NSDAP und der Deutschnationalen.

+ + +
Die Entlassung höherer Magistratsbeamten, soweit sie den republikanischen Parteien angehören, erfolgte ferner in Wiesbaden, Bonn, Godesberg, Gelsenkirchen, Honnef, Oberkassel, Königswinter, Troisdorf, Sieglar usw. In Osnabrück und Siegburg wurden neue Polizeileiter eingesetzt. Zahlreiche "beurlaubte" sozialdemokratische Kommunalbeamte wurden in Schutzhaft genommen.

SPD. Der Reichsverband für Knaben- und Mädchenkleidung meldet einen stärkeren Absatzrückgang für das Jahr 1932. Gegenüber dem Jahre 1929 beträgt der Umsatzrückgang rund 39 %.

SPD. Auch in der zweiten Märzwoche hat sich das Kursniveau an der Börse, die seit langer Zeit Dauerhaussse hat, weiter gesteigert. Der Index der Aktienkurse wird vom Reichsstatistischen Amt, Stand der Kurse von 1924-1926 = 100 gesetzt, mit 68,27 angegeben gegenüber 65,10 in der Woche vorher und 64,75 im Durchschnitt des Monats Februar. Der Index der festverzinslichen Wertpapiere wird mit 81,56 festgestellt gegenüber 79,98 bzw. 79,88.

SPD. Der Photofrust (Zeiss-Ikon A.G. in Dresden), der in früheren Jahren durch eine Rekorddividende glänzte, hat für das Jahr 1932 seine Dividende von 4 auf 2 % herabgesetzt. Die Geschäftsführung weist daraufhin, dass der Inlandsabsatz sich zusehends verringere und eine Steigerung der Unkosten bewirke. Andererseits stosse der Export auf immer grössere Schwierigkeiten. Die erfolgreichen Anstrengungen in der deutschen Fertigungsindustrie, deutsche Qualitätsarbeit in der Welt wieder zur Geltung zu bringen, werde zur Quelle unproduktiver Aufgaben.

SPD. Der Landesausschuss des sächsischen Handwerks fordert in einer Eingabe an das Reichswirtschaftsministerium ein Verbot der Filialen, die die Firma Bata in Deutschland errichten will. Die Zahl der geplanten Filialen wird in der Eingabe mit 200 angegeben.

SPD. In einer Sitzung des Vorstandes der nationalsozialistischen Preussenfraktion wurde einmütig der Auffassung Ausdruck gegeben, dass nur ein Nationalsozialist preussischer Ministerpräsident werden dürfe.

Der Reichskommissar für Sachsen hat eine Verordnung erlassen, nach der Sozialdemokraten und Kommunisten alle in ihrem Besitz befindliche Waffen unverzüglich abzuliefern haben.

Auf Anordnung des preussischen Landtagspräsidenten Kerrl erhalten die kommunistischen Landtagsabgeordneten keine Diäten.

Der Chefredakteur der "Münchener Neuesten Nachrichten", Büchner, und der politische Redakteur Freiherr v. Aretin sind verhaftet worden.

Der Chefindingenieur des Reichsrundfunks, Schäffer, hat seine Kündigung erhalten.

Die oberhessische Stadt Butzbach hat drei neue Ehrenbürger ernannt: Hindenburg, Hitler und den neuen hessischen Staatspräsidenten Werner.

Der Reichskommissar für das Land Sachsen hat folgende Verordnung erlassen: Allen Beamten und Lehrern, die einer kommunistischen Partei (KPD, KPD-Opposition) angehören, wird mit sofortiger Wirkung die Ausübung ihres Dienstes untersagt.

In der Dienstagziehung der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie entfiel auf das Los Nummer 275 882 die Prämie von 500 000 Mark. Die Gewinner wohnen in Bayern. Sie spielen das Los in der ersten Abteilung in Vierteln, in der zweiten in Achtern.

Das Arbeitsgericht Berlin entschied, dass die Angestellten des Berliner Rundfunks Lubschinsky, Dr. Weigt und Uecker, die vor der Uebertragung einer Hitler-Rede wegen ihrer politischen Einstellung fristlos entlassen wurden, entsprechend ihrer Beschäftigungsdauer mit je 4800 Mark, 4200 Mark und 470 Mark zu entschädigen sind.

Der Dresdner Oberbürgermeister Dr. Külz ist seines Amtes enthoben worden.

Die "Verbandszeitung der Deutschen Eisenbahner" ist bis zum 4. April verboten worden.

Die Berliner Zeitschrift "Die Weltbühne" ist bis zum 3. September verboten

SPD. Genf, 14. März (Eig. Drahtb.)

Der Völkerbundsrat hat am Dienstag die Einigung zwischen Danzig und Polen über die Truppenverstärkungen auf der Westernplatte als verbindlich anerkannt. Danach verpflichtet sich Polen, die gegen die bestehenden Verträge verstossende Truppenerhöhung sofort rückgängig zu machen. Danzig garantiert den Schutz der polnischen Munitionslager auf der Westernplatte aus eigenen Mitteln. Der Streitfall wegen der Zurückziehung der Hafenpolizei durch die Danziger Regierung wird im ordentlichen Vergleichsverfahren vor dem Völkerbundskommissar verhandelt werden. Inzwischen hat Danzig provisorisch die Hafenpolizei in früherem Umfang wieder einzurichten, ohne dass dadurch der kommenden Entscheidung in irgend einer Form vorgegriffen wird.

SPD. Kiel, 14. März (Eig. Drahtb.)

Einer der Mörder des sozialdemokratischen Rechtsanwalts Spiegel trug, wie jetzt festgestellt ist, SA-Uniform. Die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei wurden von der Mordtat durch maschinengeschriebene Handzettel in Kenntnis gesetzt. Darauf besetzte Polizei und SA das Gewerkschaftshaus und nahm mehrere Führer der Eisernen Front in Schutzhaft. Die SA hisste am Gewerkschaftshaus eine Hakenkreuzfahne. Eine Mitgliederversammlung der Sozialdemokratischen Partei ist von der Polizei verboten worden.

Nach einer Mitteilung des Konsumvereins von Kiel und Umgegend sind in dessen Verkaufsläden in den letzten Tagen 21 Schaufensterscheiben eingeworfen worden.

SPD. München, 14. März (Eig. Drahtb.)

Der Staatskommissar v. Epp hat angeordnet, dass alle auf den Bezirksämtern und sonstigen Stellen lagernden Waffen an die SA und SS abgeliefert werden. Eine neue Hilfspolizei wird zurzeit zusammengestellt.

Der Schaden, der infolge des fehlgeschlagenen Novemberputsches von 1923 den beteiligten Organisationen und Personen der NSDAP entstanden ist, wird der bayerische Staat, nach der Verfügung des Staatskommissars, ersetzen.

SPD. In der mechanischen Tafelglasindustrie wurde von den Tarifparteien in Nürnberg folgende Vereinbarung getroffen:

Die Lohnregelung des Urlaubs vom Jahre 1932 gilt auch für 1933. Die Lohnsätze der mechanischen Tafelglashütten werden unverändert verlängert. Bezüglich der Glasschneideakkorde behalten sich die Parteien das Nachprüfungsrecht vor.

Der neue Vertragsabschluss bedeutet, dass die Bestimmungen des Manteltarifvertrags unverändert weiterlaufen. Das gilt auch für die Urlaubsentschädigung in Höhe von 75 Prozent. Die Neuregelung kann als gewerkschaftlicher Erfolg gebucht werden.

Der Lohntarifvertrag für die Farbenglasindustrie wurde für allgemeinverbindlich erklärt. Ebenso der Lohntarif für die Gruppen II, III, IV und V der Weissshohlglasindustrie. Von der Allgemeinverbindlicherklärung sind auch die Aussenseiterbetriebe erfasst.

Der Lohnkonflikt im Berliner Möbeltransportgewerbe dürfte in Kürze beigelegt sein. Der Schlichter machte einen neuen Vergleichsvorschlag, wonach der bisherige Lohntarif, der einen Wochenlohn von 44 Mark und einen Tagelohn von 8,50 Mark vorsieht, vorläufig bis Ende Mai in Geltung bleiben soll. Nach Ablauf dieser Frist soll ein unparteiisches Schiedsgericht eine für beide Parteien bindende endgültige Neuregelung treffen. Die Arbeitgeber haben den Vorschlag bereits angenommen.

SPD. Paris, 14. März (Eig. Drahtb.)

Viele Deutsche jüdischen Glaubens haben sich, um sich vor den Gewalttätigkeiten der Nazis zu schützen, nach Paris geflüchtet. In einem jüdischen Asyl der Hauptstadt sind 20 mittellose deutsche Juden untergebracht. Zahlreiche Deutsche, in der Hauptsache Journalisten, Schriftsteller und Künstler, wohnen zerstreut in der Stadt.

SPD. Paris, 14. März (Eig. Drahtb.)

Die Bemühungen MacDonalds um die Rettung der Abrüstungskonferenz werden von der französischen Presse zum Teil mit grosser Skepsis aufgenommen, zum Teil heftig bekämpft, da der englische Premierminister, nach den hier vorliegenden Meldungen die Annahme eines Abkommens durchsetzen will, nach dem Frankreich weitere Opfer auf dem Gebiet der Abrüstung bringen soll, um eine Wiederaufrüstung Deutschlands zu verhindern. Die gesamte bürgerliche Presse lobt Paul Boncour, der in den Unterredungen mit MacDonald neue Abrüstungsmassnahmen abgelehnt hat, wenn nicht in entsprechender Weise neue Sicherheitsfaktoren geschaffen werden.

Der "Temps", der die Aussenpolitik der Regierung unterstützt, schreibt:
"Die Absicht MacDonalds ist sicherlich lobenswert, aber so, wie die Dinge heute stehen, erscheint es schwierig ein derartiges Abkommen abzuschliessen."

SPD. Breslau, 14. März (Eig. Drahtb)

Der SA-Mann Wagner aus Reichenbach an der Eule, der vor Monaten im Schweidnitzer Sprengstoffprozess wegen Teilnahme an dem Anschlag gegen den sozialdemokratischen Schriftleiter Peschke zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt worden war, ist in seinem Heimatsort zu einem mehrwöchigen Urlaub eingetroffen. Er wurde am Bahnhof von den örtlichen nationalsozialistischen Verbänden empfangen. Der Empfang gestaltete sich, wie das Breslauer demokratische Acht-Uhr-Abendblatt bemerkt, zu einer grossen nationalen Kundgebung.

Anm.f.d.Red.: In dem ersten Absatz des Leitartikels bitten wir die Ziffer 2 durch 7 zu ersetzen.

Berlin, den 19. April 1933.

Zweck-Recht.

Ein Nachwort zum Moskauer Vickers-Prozess.

Der sogenannte Vickers-Prozess in Moskau, der die englisch-russischen Beziehungen auf das stärkste beeinträchtigt hat, ist zu Ende gegangen. Entgegen dem Antrage des Staatsanwalts, der Todesstrafe für die angeklagten englischen Ingenieure gefordert hatte, sind die angeklagten Engländer teils zu Gefängnisstrafen von zwei und drei Jahren verurteilt, teils freigesprochen worden.

Dieser Prozess war ein Gegenstück zum Schachty-Prozess, in dem deutsche Monteure der Sabotage beschuldigt worden waren. Es war in Sowjetrussland wieder ein Schauprozess fällig, um den Spannungszustand in den Gemütern der Parteikommunisten aufrechtzuerhalten und um die Wachsamkeit, Macht und Härte des Sowjetsystems zu demonstrieren. Die Vorwürfe, die den Angeklagten in diesem Prozess gemacht wurden, waren die üblichen: Sabotage, Spionage, gegenrevolutionäre Verschwörung. Vier Ingenieure der englischen Firma Vickers, Monkhouse, Macdonald, Thomson und Gregory wurden beschuldigt, die Spitze einer gegenrevolutionären Verschwörung gebildet zu haben. Die tatsächliche Grundlage für die Anklage gab der Tatbestand ab, dass in Turbinenbau, an dem sie arbeiteten, Hemmungen auftraten, die teils im Material, teils in der Qualität der russischen Arbeitskräfte begründet waren. Daneben ist mit hochnotpeinlicher Untersuchung einiges festgestellt worden über Schmiergelder, die im Interesse der Firma Vickers gezahlt wurden, über Berichte nach England über Arbeits- und Importmöglichkeiten und über die Konkurrenz - alles nichts, was die sensationelle Anklage gegen die englischen Ingenieure hätte stützen können.

Die Methode dieser Prozesse ist hinlänglich bekannt. Wie üblich, ist ein Amalgam hergestellt worden aus den englischen Ingenieuren und aus russischen Angeklagten, die unter dem Druck des Prozesses alles gestanden haben, was man von ihnen wollte. Denn der Zweck solcher Prozesse ist es nicht, die Wahrheit zu finden, sondern das zu produzieren, was für die Regierung zweckmässig ist. Es ergab sich auch hier wieder, dass der englische Angeklagte Macdonald gestand, dann sein Geständnis widerrief, dann den Widerruf wieder zurückzog. Man hörte diesmal aus dem Munde der Engländer auch einiges über die Methoden der GPU, über die seelische Folter der Dauer verhöre, denen die Angeklagten unterzogen worden sind. Das Belastungsmaterial war mehr als dürftig. Der englische Hauptangeklagte verteidigte sich mit der einleuchtenden Bemerkung: "Meine Firma hat von der Sowjetunion noch $1\frac{1}{2}$ Millionen Pfund zu erhalten, wie hätte ich da Sabotage treiben können?" In der Tat sind die Schulden der Sowjetunion im Ausland erheblich und ihre Abdeckung etwas problematisch. Sollte daher der Prozess fällig gewesen sein?

Für die Sowjetregierung ist ein solcher Prozess, ja das Recht überhaupt, eine Waffe. In Sowjetrussland existiert nicht ein einheitliches und gleiches Recht für alle, sondern ein Recht der Motive und Zwecke, das mit dem überkommenen Rechtsbegriff nur den Namen gemeinsam hat. Die rechtsstaatlichen Begriffe, wie sie in Westeuropa noch geachtet werden, haben mit diesem sowjetrussischen "Recht" nicht das mindeste zu tun. Es ist die Ausprägung des Zweckrechts, die in Russland angewandt wird: Recht ist, was den Zwecken der Sowjetregierung nutzt, mag dabei die Person und die Freiheit des Einzelnen noch so sehr vergewaltigt werden. Dies Zweckrecht, das höchste Willkür ist, ist die Begleiterin der absoluten diktatorischen Macht, die

nicht durch Rechtssätze und Verfassungsgesetze gehemmt ist, wie man sie in Westeuropa achtet.

Im Falle des Vickers-Prozesses ist jedoch die Willkür auf eine Grenze gestossen - nämlich auf erbitterten Widerstand von aussen her. Die englische Regierung hat Macht gegen Macht gesetzt. Sie hat in gewissem Sinne den Grundsatz der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten eines anderen Landes beiseite geschoben. Sie hat vom Parlament die Ermächtigung erhalten, die Einfuhr russischer Produkte nach England zu verbieten. Unter diesem Druck ist das Moskauer Urteil zustande gekommen.

Es ist eine Machtangelegenheit, keine rechtliche Angelegenheit. Aber wer, wie die Sowjetregierung, einem ausgesprochenen Zweckrecht huldigt, der darf sich nicht beschweren, wenn mit Macht in den Prozess eingegriffen wird!

Auf gewerkschaftlichem Gebiet haben sich nach Ostern Ereignisse vollzogen, deren Ursachen und Tragweite sich noch nicht deutlich übersehen lassen. Zwischen der NSBO und einzelnen Gewerkschaften waren vor Ostern Besprechungen angeregt und angesetzt worden. Diese Besprechungen sind nach Ostern nicht fortgeführt worden. Die Vertreter der NSBO haben gebeten, von der Weiterführung der Besprechungen abzusehen und, soweit eine Fühlungnahme schon vor sich gegangen war, die Verhandlungsprotokolle zu vernichten. Die Verhandlungen dürften auf Weisung höherer Stellen abgeblasen worden sein.

Man bringt diese Wendung mit der Annahme in Zusammenhang, dass die Richtlinien der Gewerkschaftspolitik bei den Nationalsozialisten abermals eine Änderung erfahren haben. Jedoch lässt sich der neue Kurs noch nicht deutlich erkennen. Fest steht, dass sich die NSDAP unter allen Umständen von den Hugenbergischen Wünschen und den wirtschaftsfriedlichen, d.h. gelben Organisationen distanzieren möchte. Die NSBO hat auch bei den Betriebsräte-wahlen überall das Angebot, mit den Gelben zu paktieren, abgelehnt. Auch die Wünsche der Schwerindustrie, die in den letzten Wochen in äusserst aufdringlicher Form von der Deutschen Bergwerkszeitung vertreten wurden und auf halbstaatliche Zwangseinheitsorganisationen, die wiederum in besonderen Kammern mit den Organisationen der Arbeitgeber zusammengefasst werden sollen, hinauslaufen, haben bei der NSDAP keine Gegenliebe gefunden.

Anscheinend denken die gewerkschaftlich interessierten Kreise bei der NSDAP immer noch an die Kombination zwischen NSBO und den alten Gewerkschaften und zwar in der Art, dass der NSBO politische Funktionen zugesprochen werden, während sich die Gewerkschaften auf rein gewerkschaftliche bzw. sozialpolitische Tätigkeit beschränken. Ueber das Tempo, mit dem sich diese Umwandlung vollziehen soll, scheint sich die Auffassung geändert zu haben. Anfangs lautete die Parole, die Dinge möglichst rasch und gewissermassen in einem Guss in Fluss und zum Abschluss zu bringen. Heute denkt man an eine Entwicklung in Etappen:

I. Gleichschaltung in den einzelnen Gewerkschaften und Klärung der Führerfrage.

II. Neugliederung und Konstruktion der Spitzenorganisation.

III. Bildung von Zwangsgewerkschaften.

Dieses Programm schliesst nicht aus, dass sich die Regierung noch vor dem 1. Mai mit einer besonderen Kundgebung an die Gewerkschaften wendet, die aber kaum organisatorische Dinge berühren dürfte.

Am Mittwoch tagte in Berlin der Bundesrat des Stahlhelms, der sich hauptsächlich mit dem Verhältnis seiner Unterverbände zur SA befasste. Reichsarbeitsminister Seldte erstattete als Stahlhelmführer eingehend Bericht über die Besprechungen mit Hitler in Berchtesgaden. Am Sonnabend finden zwischen den Führern der SA und des Stahlhelms über die künftige Gestaltung der Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Organisationen Verhandlungen in München statt.

In den Verhandlungen, die nun bereits seit Wochen zwischen dem Stahlhelm und der SA geführt worden und durch die Unterredung zwischen Hitler und Seldte in Berchtesgaden zu einem gewissen Abschluss gelangt sind, ging und geht es hauptsächlich um die Existenz des Stahlhelms. Es gibt im Stahlhelm starke Kreise, die bedingungslos zur SA übertreten wollen und zum Teil schon übergetreten sind. Sie sprechen dem Stahlhelm nach der "nationalen Erhebung" die Existenzberechtigung ab und fordern von der Bundesleitung, dass der Stahlhelm geschlossen zur SA übertritt. Es war nicht zuletzt diese Stimmung, die die Stahlhelmleitung zu Verhandlungen mit der SA veranlasst hat. Sie mögen dazu beitragen, dass der Stahlhelm vorübergehend seine Existenz als Organisation rettet. Dass er dennoch über kurz oder lang ~~entweder~~ freiwillig oder unfreiwillig in die SA aufgeht, wird er nicht verhindern können. Die Führung der SA ist über die Stimmung im Stahlhelm ebenso gut orientiert wie die Leitung des Stahlhelms. Ihre Vereinbarungen mit dem Stahlhelm werden deshalb nur auf eine Galgenfrist hinauslaufen, die in Form einer Arbeitsgemeinschaft zwischen SA und Stahlhelm oder in der Form in Erscheinung treten dürfte, dass Hitler das Protektorat über den Stahlhelm übernimmt. Am Ende dieser Entwicklung steht die Auflösung des Stahlhelms. Sie ist ebenso unvermeidlich wie der Niedergang der Deutschnationalen Partei.

X X X

Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei wird am Sonntag die Auflösung der Volkspartei in der Form beschliessen, dass den Mitgliedern der Uebertritt zu einer Partei der "nationalen Erhebung", also zur NSDAP oder zu der Deutschnationalen Partei empfohlen wird. In massgebenden volksparteilichen Kreisen wird uns dazu versichert, dass die organisierten Mitglieder der Volkspartei zu 95 Prozent zur NSDAP übertreten werden, da die Deutschnationale Volkspartei heute ebenfalls keine Existenzberechtigung mehr habe und, wie massgebende deutschnationale Kreise selbst zugeben würden, langsam von der NSDAP aufgesogen werde.

Der Vorstand des AfA-Bundes beschäftigte sich am Mittwoch mit der gegenwärtigen Lage. Es wurde eine Reihe von Beschlüssen gefasst, die sich dahin auslegen lassen, dass mit der Auflösung des Bundes Anfang nächster Woche, spätestens aber vor dem 1. Mai zu rechnen ist. Der Bundesvorstand der AfA trägt damit der tatsächlichen Entwicklung nur Rechnung. Der von ihm Ende März gefasste Umstellungsbeschluss war nach Lage der Dinge ein Auflösungsbeschluss.

X X X

Der AfA-Bund wurde im Jahre 1921 gegründet. Er fasste die freigewerkschaftlichen Angestelltenverbände in der Art zusammen wie der ADGB die Arbeitergewerkschaften. Die Träger des Bundes waren der Butab (Bund technischer Angestellten und Beamten), der ZdA (Zentralverband der Angestellten) und der Werkmeisterverband. Hinzu kamen kleinere Gewerkschaften, so die Verbände der Chorsänger, der Zuschneider, der Fördermaschinenisten, der Schiffingenieure, der Kapitäne und Steuerleute, die Internationale Artisten-

logen und die Bühnengenossenschaft. Auf Grund der politischen Wandlung sind die Bühnengenossenschaft und die Verbände der Schiffsingenieure und der Kapitäne und Steuerleute bereits auf dem Afa-Bund ausgeschieden. Der Butab und die Werkmeister glauben, der Notwendigkeit, zu einer anderen Gruppierung zu kommen, Rechnung tragen zu müssen. Die Verhandlungen sind seit Tagen im Gange. So hat der Werkmeisterverband, der grösste Verband dieser Sparte, bereits mit dem Werkmeisterbund, der im Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften dem aufgelösten Deutschen Gewerkschaftsbund angehörte, Fühlung genommen. Ob die Vereinigung mit dem Werkmeisterbund für den Werkmeisterverband eine Stärkung bedeutet, muss bezweifelt werden. Der Werkmeisterbund dürfte anstatt der 15 000 Mitglieder, die er noch vor kurzem angab, nur etwa 4000 Mitglieder zählen und stark verschuldet sein. Nicht anders liegen die Verhältnisse wohl bei den Technikern. Es ist auffallend, dass gerade die als marxistisch verschrieenen freigewerkschaftlichen Verbände sehr rationell zu wirtschaften verstanden haben.

Wenn die erwähnten Verschmelzungsverhandlungen einen Sinn haben, dann nur dann, dass die Absicht des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes (DHV), die Angestelltengewerkschaften überhaupt aufzusaugen, völlig gescheitert ist. Der DHV wird im Rahmen der kommenden Entwicklung mit einem starken Partner zu rechnen haben, der sehr wohl in der Lage ist, den Gang der Dinge wesentlich zu beeinflussen. Die Auflösung des Afa-Bundes gibt dieser Entwicklung den Weg frei. Das ist der letzte Dienst, den der Bund seinen Mitgliedern leistet.

Wir nehmen schweren Herzens vom Afa-Bund mit folgenden Feststellungen Abschied: Er war ein grossangelegter Versuch der Emanzipation der Angestellten. Er war, wirtschaftspolitisch und betriebspolitisch gesehen, ein Versuch, die alte Streitaxt zwischen Kaufmann und Techniker zu begraben. Er war ein Versuch, Kopf- und Handarbeiter auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung zu einen. Dass dieser Versuch nicht umsonst war, beweisen Zehntausende von Mitgliedern, die den Afa-Verbänden in dieser schweren Zeit die Treue bewahren.

X X X

Der zweite Vorsitzende des Afa-Bundes Stehr (Werkmeisterverband) wird nach Auflösung des Bundes in den Ruhestand treten. Stehr vollendet in Kürze sein 65. Lebensjahr. Nach Rücktritt Aufhäusers von der Leitung des Afa-Bundes übernahm er in dem Ende März gebildeten Ausschuss, der die Umgruppierung im Afa-Bund vorbereiten sollte, den Vorsitz.

Das führende rheinische Zentrumsblatt, die seit Jahrzehnten erscheinende "Kölnische Volkszeitung", befindet sich seit langem in Zahlungsschwierigkeiten. Die Schwierigkeiten haben in letzter Zeit so zugenommen, dass das Erscheinen des Blattes nunmehr in Frage gestellt ist. Es ist damit zu rechnen, dass die "Kölnische Volkszeitung" schon in den nächsten Tagen nicht mehr erscheinen wird.

Der deutsche Aussenhandel ergibt für den Monat März einen Ueberschuss von 64 Millionen Mark gegenüber 27 Millionen im Februar und 24 Millionen im Januar.

Die Entwicklung im Monat März ist so verlaufen, dass die Einfuhr, wert- und mengenmässig, um 4 Prozent, die Ausfuhr dagegen um 14 Prozent gestie-

gen ist. Dieser befriedigenden und gesunden Gestaltung unseres Aussenhandels liegt folgende Veränderung der Hauptposten zugrunde:

	März 1933	Februar 1933	März 1932	Monatsdurchschnitt 1928
	(in Millionen Mark)			
Gesamteinfuhr	362	347	364	1167
Gesamtausfuhr	426	374	527	1023
Aktiv (+) bzw.				
Passiv (-)	+ 64	+ 27	+ 163	- 144
Lebensmitteleinfuhr	102	92,8	112,8	349
Rohstoffeinfuhr	200,5	200,2	188,4	601,5
Rohstoffausfuhr	76,2	74	92,8	229,1
Fertigwareneinfuhr	56,5	51,9	60,3	204,2
Fertigwarenausfuhr	337,1	284,4	417	740,4

An der Steigerung der Gesamteinfuhr um 4 Prozent sind wohl die Lebensmittel, nicht aber die für die Beurteilung der industriellen Konjunktur und der Arbeitsmarktlage wichtigen Rohstoffe beteiligt. Verglichen mit dem Konjunkturjahr 1928 macht die Rohstoffeinfuhr nur eben 1/3 aus, obwohl die seit Monatsfrist erfolgte Preissteigerung wichtiger Rohstoffe zu einer vermehrten Einfuhr anreizen müsste. Bei den Lebensmitteln sind die Importe von Schmalz (um rund 7 Millionen) und Fleisch und Speck (rund 2 Millionen) infolge des höheren Zolls gesunken. Dagegen ist die Einfuhr von Eiern, Oelfrüchten usw. gestiegen; wahrscheinlich handelt es sich hier in Erwartung der in der Zwischenzeit bereits eingetretenen Einfuhrerschwernisse um Voreindeckungen. Die Steigerung der Gesamteinfuhr erscheint so, wenigstens zum Teil, als zufällig.

Mit mehr Recht könnte man das von der Steigerung der Ausfuhren sagen, die auf einen von 284,4 Millionen auf 337,1 Millionen vermehrten Fertigwarenexport zurückgeht. Es mag sein, dass gewisse Vorgänge in der Weltwirtschaft, so die Bankenkrise in Amerika und das Schwanken des Dollars, es geraten erscheinen liessen, im Anfang des Jahres 1933 nicht zu kaufen, sodass sich die Exportaufträge auf den Monat März konzentrierten; es mag auch sein, dass der Export im Januar und Februar durch die Verrechnungsweise bei den Zollbehörden in den Ausweisen geringer erschien als er tatsächlich war. Das kann aber die im März veränderte Tendenz in unserem Aussenhandel, in dem während der letzten Monate die Ausfuhr schneller fiel als die Einfuhr, nicht erklären. Dem entspricht, dass die Russlandlieferungen, die als zusätzliche und zufällige Aufträge angesprochen werden müssen, zweifellos dazu beigetragen haben, die Ausfuhr an nichtelektrischen Maschinen im März um fast 11 Millionen und die Ausfuhr an Walzwerkserzeugnissen und anderen Eisenwaren um 8,2 Millionen zu steigern. Ausserdem hat, wenn auch nicht so wie in den Vorjahren, die Leipziger Messe den Export belebt. Wichtig ist auch die Steigerung der Textilienausfuhr um fast 8 Millionen. Es handelt sich hier um Frühjahrsaufträge, die von Holland und England alljährlich nach Deutschland gegeben werden. In Berücksichtigung dieser Tatsachen können wir einen Tendenzumschwung in unserem Aussenhandel nicht annehmen.

Wesentlich ist die Tatsache, dass sich das Verhältnis zwischen Rohstoffeinfuhr und Fertigwarenausfuhr immer ungünstiger gestaltet:

	März 1933	März 1932	Monatsdurchschnitt 1929
	(in Millionen Mark)		
Rohstoffeinfuhr	200	188	600
Fertigwarenexport	337	417	819
Spanne	137	229	219

logen und die Bauingenieure. Auf Grund der politischen Wandlung sind die Bauingenieure und die Verbände der Schiffsingenieure und der Kapitäne und Steuerleute bereits auf dem Afa-Bund ausgeschieden. Der Afa-Bund und die Werkmeister glauben, der Notwendigkeit, zu einer anderen Gruppierung zu kommen, Rechnung tragen zu müssen. Die Verhandlungen sind seit Tagen im Gange. So hat der Werkmeisterverband, der grösste Verband dieser Sparte, bereits mit dem Werkmeisterbund, der im Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften dem aufgelösten Deutschen Gewerkschaftsbund angehörte, Fühlung genommen. Ob die Vereinigung mit dem Werkmeisterbund für den Werkmeisterverband eine Stärkung bedeutet, muss bezweifelt werden. Der Werkmeisterbund dürfte anstatt der 15 000 Mitglieder, die er noch vor kurzem angab, nur etwa 4000 Mitglieder zählen und stark verschuldet sein. Nicht anders liegen die Verhältnisse wohl bei den Technikern. Es ist auffallend, dass gerade die als marxistisch verschrienen freigewerkschaftlichen Verbände sehr rationell zu wirtschaften verstanden haben.

Wenn die erwähnten Verschmelzungsverhandlungen einen Sinn haben, dann nur dann, dass die Absicht des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes (DHV), die Angestelltengewerkschaften überhaupt aufzusaugen, völlig gescheitert ist. Der DHV wird im Rahmen der kommenden Entwicklung mit einem starken Partner zu rechnen haben, der sehr wohl in der Lage ist, den Gang der Dinge wesentlich zu beeinflussen. Die Auflösung des Afa-Bundes gibt dieser Entwicklung den Weg frei. Das ist der letzte Dienst, den der Bund seinen Mitgliedern leistet.

Wir nehmen schweren Herzens vom Afa-Bund mit folgenden Feststellungen Abschied: Er war ein grossangelegter Versuch der Emanzipation der Angestellten. Er war, wirtschaftspolitisch und betriebspolitisch gesehen, ein Versuch, die alte Streitaxt zwischen Kaufmann und Techniker zu begraben. Er war ein Versuch, Kopf- und Handarbeiter auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung zu einen. Dass dieser Versuch nicht umsonst war, beweisen Zehntausende von Mitgliedern, die den Afa-Verbänden in dieser schweren Zeit die Treue bewahren.

X X X

Der zweite Vorsitzende des Afa-Bundes Stehr (Werkmeisterverband) wird nach Auflösung des Bundes in den Ruhestand treten. Stehr vollendet in Kürze sein 65. Lebensjahr. Nach Rücktritt Aufhäusers von der Leitung des Afa-Bundes übernahm er in dem Ende März gebildeten Ausschuss, der die Umgruppierung im Afa-Bund vorbereiten sollte, den Vorsitz.

Das führende rheinische Zentrumsblatt, die seit Jahrzehnten erscheinende "Kölnische Volkszeitung", befindet sich seit langem in Zahlungsschwierigkeiten. Die Schwierigkeiten haben in letzter Zeit so zugenommen, dass das Erscheinen des Blattes nunmehr in Frage gestellt ist. Es ist damit zu rechnen, dass die "Kölnische Volkszeitung" schon in den nächsten Tagen nicht mehr erscheinen wird.

Der deutsche Aussenhandel ergibt für den Monat März einen Ueberschuss von 64 Millionen Mark gegenüber 27 Millionen im Februar und 24 Millionen im Januar.

Die Entwicklung im Monat März ist so verlaufen, dass die Einfuhr, wert- und mengenmässig, um 4 Prozent, die Ausfuhr dagegen um 14 Prozent gestie-

gen ist. Dieser befriedigenden und gesunden Gestaltung unseres Aussenhandels liegt folgende Veränderung der Hauptposten zugrunde:

	März 1933	Februar 1933	März 1932	Monatsdurchschnitt 1928
	(in Millionen Mark)			
Gesamteinfuhr	362	347	364	1167
Gesamtausfuhr	426	374	527	1023
Aktiv (+) bzw. Passiv (-)	+ 64	+ 27	+ 163	- 144
Lebensmitteleinfuhr	102	92,8	112,8	349
Rohstoffeinfuhr	200,5	200,2	188,4	601,5
Rohstoffausfuhr	76,2	74	92,8	229,1
Fertigwareneinfuhr	56,5	51,9	60,3	204,2
Fertigwarenausfuhr	337,1	284,4	417	740,4

An der Steigerung der Gesamteinfuhr um 4 Prozent sind wohl die Lebensmittel, nicht aber die für die Beurteilung der industriellen Konjunktur und der Arbeitsmarktlage wichtigen Rohstoffe beteiligt. Verglichen mit dem Konjunkturjahr 1928 macht die Rohstoffeinfuhr nur eben 1/3 aus, obwohl die seit Monatsfrist erfolgte Preissteigerung wichtiger Rohstoffe zu einer vermehrten Einfuhr anreizen müsste. Bei den Lebensmitteln sind die Importe von Schmalz (um rund 7 Millionen) und Fleisch und Speck (rund 2 Millionen) infolge des höheren Zolls gesunken. Dagegen ist die Einfuhr von Eiern, Oelfrüchten usw. gestiegen; wahrscheinlich handelt es sich hier in Erwartung der in der Zwischenzeit bereits eingetretenen Einfuhrerschwernisse um Voreindeckungen. Die Steigerung der Gesamteinfuhr erscheint so, wenigstens zum Teil, als zufällig.

Mit mehr Recht könnte man das von der Steigerung der Ausfuhren sagen, die auf einen von 284,4 Millionen auf 337,1 Millionen vermehrten Fertigwarenxport zurückgeht. Es mag sein, dass gewisse Vorgänge in der Weltwirtschaft, so die Bankenkrise in Amerika und das Schwanken des Dollars, es geraten erscheinen liessen, im Anfang des Jahres 1933 nicht zu kaufen, sodass sich die Exportaufträge auf den Monat März konzentrierten; es mag auch sein, dass der Export im Januar und Februar durch die Verrechnungsweise bei den Zollbehörden in den Ausweisen geringer erschien als er tatsächlich war. Das kann aber die im März veränderte Tendenz in unserem Aussenhandel, in dem während der letzten Monate die Ausfuhr schneller fiel als die Einfuhr, nicht erklären. Dem entspricht, dass die Russlandlieferungen, die als zusätzliche und zufällige Aufträge angesprochen werden müssen, zweifellos dazu beigetragen haben, die Ausfuhr an nichtelektrischen Maschinen im März um fast 11 Millionen und die Ausfuhr an Walzwerkezeugnissen und anderen Eisenwaren um 8,2 Millionen zu steigern. Ausserdem hat, wenn auch nicht so wie in den Vorjahren, die Leipziger Messe den Export belebt. Wichtig ist auch die Steigerung der Textilienausfuhr um fast 8 Millionen. Es handelt sich hier um Frühjahrsaufträge, die von Holland und England alljährlich nach Deutschland gegeben werden. In Berücksichtigung dieser Tatsachen können wir einen Tendenzumschwung in unserem Aussenhandel nicht annehmen.

Wesentlich ist die Tatsache, dass sich das Verhältnis zwischen Rohstoffeinfuhr und Fertigwarenausfuhr immer ungünstiger gestaltet:

	März 1933	März 1932	Monatsdurchschnitt 1929
	(in Millionen Mark)		
Rohstoffeinfuhr	200	188	600
Fertigwarenxport	337	417	819
Spanne	137	229	219

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) hat beschlossen, seine Mitgliedsorganisationen und deren Anhänger zur Teilnahme an den Maifeiern der Reichsregierung aufzufordern. Nähere Mitteilungen des ADGB über die Ausführung seines Beschlusses werden in den nächsten Tagen ergehen.

Am Donnerstag, den 20. April wird der "Deutsche Informationsdienst" zum erstenmal erscheinen. Der Dienst steht allen Zeitungen gegen eine mit dem Verlag zu vereinbarende Gebühr zur Verfügung. Verlag und Redaktion des "Deutschen Informationsdienstes" befinden sich Belle Alliance-Platz 8. Als Herausgeber und Chefredakteur zeichnet Erich Alfringhaus.

Der "Deutsche Informationsdienst" ist parteimässig nicht gebunden. Seine Redaktion ist völlig unabhängig und arbeitet unter eigener Verantwortung.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika stehen vor einer Reihe von wichtigen Entscheidungen. Die Veranlassung dazu gab der neue Sturz des Dollars, der Ende voriger Woche erfolgte.

Aus dem Wust von Meldungen, die aus Amerika vorliegen, heben sich zwei hervor, die Aufhebung der Goldausfuhr und die Ausweitung des Zahlungsvermittlungsverkehrs. Mit dem Verbot der Goldausfuhr wird kaum eine Änderung des bisherigen Zustands eintreten; denn die amerikanische Zahlungsbilanz ist aktiv und die Goldausfuhr, die bei gelegentlichen Schwankungen des Dollars notwendig wurde, ist bereits von einer besonderen Genehmigung abhängig. Das formelle Ausfuhrverbot erscheint als psychologische Konzession an das Inland, dem man die Goldhamstererei untersagte, während man die Goldausfuhr nach dem Ausland gestattete. Es wäre falsch, mindestens verfrüht, wenn man das Verbot als Aufgabe des Goldstandards und Verschlechterung der Dollarwährung betrachten wollte.

Anlass dazu bietet nicht einmal die geplante Erweiterung des Notenumlaufs. Das Banknotengesetz vom März 1933 berechtigt dazu, ohne dass die Kreditinstitute davon bisher reichlich Gebrauch gemacht hätten. Es ist überhaupt anzuraten, die Ausweitung des Notenumlaufs als wirtschaftspolitische Massnahme aufzufassen, die den Zweck hat, die mit den Bankeinlagen eingefrorene Kaufkraft aufzutauen. Damit verbindet sich zweifellos der Versuch, durch Reflation die Rohstoffpreise (Weizen, Baumwolle usw.) zu steigern und die Agrarkrise zu mildern.

Dieses Experiment des amerikanischen Staatspräsidenten Roosevelt verdient die grösste Beachtung. Es erscheint natürlich, wenn Roosevelt die Absicht hat, die binnenamerikanischen Massnahmen durch weitere zu ergänzen, die er der kommenden Weltwirtschaftskonferenz vorzuschlagen gedenkt. Dahin gehört eine Valorisierung des Silbers, die eine wesentliche Hilfe für die amerikanische Kupfererzeugung (wobei Silber anfüllt) wäre; die Senkung der Zölle, Zollwaffenstillstand, Stabilisierung der Währungen usw.

Ohne Zweifel bietet die amerikanische Initiative Möglichkeiten, die Weltwirtschaftskonferenz zu einem Erfolg zu gestalten. Insbesondere ergibt sich eine wichtige Chance für die deutsche Politik, da Deutschland als Exportland in erster Linie an niedrigen Zollmauern und stabilen Währungen interessiert ist.

Wo Begeisterung zu Tage tritt, hat der Kitsch bisher immer noch Geschäfte zu machen versucht und auch gemacht. Auch mit der "nationalen Erhebung" ist das nicht anders geworden. Die Reichsregierung steht deshalb im Begriff, ein Gesetz gegen die Verkitschung der nationalen Revolution zu erlassen.

Das Gesetz dürfte sich in erster Linie gegen die Ausnutzung der jetzigen Verhältnisse zu geschäftlichen Zwecken wenden. Was darunter zu verstehen ist, ergibt sich aus einer halbamtlichen Verlautbarung, nach der ein Dresdner Verlag ein "Spiel der nationalen Erhebung" mit dem Untertitel: "NSDAP gewinnt" anbietet. Eine Münchener Bleistiftfirma hat einen "Horst-Wessel-Stift" angefertigt, auf dem sich der gesamte Text des Horst-Wessel-Liedes findet. Auch gegen Eisstuben mit rotierendem Hakenkreuz und gegen einen Berliner Tanzpalast, in dem Eintänzer in der Uniform von friedericianischen Offizieren tätig sind, soll eingeschritten werden.

Die Reichsregierung betrachtet, wie von unterrichteter Seite erklärt wird, solche Geschäftspraktiken als Verhöhnung der nationalen Erhebung. Sie will sich derartige Auswüchse nicht länger gefallen lassen.

Der Zentrumsabgeordnete des Preussischen Landtags Diel, der in Rheinland gewählt ist, wurde unter dem Verdacht der Untreue in seinem Wohnort bei Bingerbrück verhaftet. Diel werden Unregelmässigkeiten in der Rebenaufbaugenossenschaft vorgeworfen, die immer mit grossen Staatsmitteln gearbeitet hat.

Mit Diel befinden sich nunmehr vier massgebende Zentrumspolitiker unter der gleichen Beschuldigung in Haft. Vor Wochen wurde bereits der Reichstagsabgeordnete des Zentrums und frühere Reichsernährungsminister Hermes festgenommen. Hermes hat sein Mandat inzwischen niederlegen müssen. Nach ihm wurde der Vizepräsident des Reichstags Thomas Esser in Euskirchen in Haft genommen und dann der Reichstagsabgeordnete des Zentrums Eduard Verhülsdonk in Neuwied.

Zwischen den freigewerkschaftlichen Organisationen und den christlichen Gewerkschaften sind in den letzten Tagen Besprechungen geführt worden, die auch die Frage eines engeren Zusammengehens des Gesamtverbands der christlichen Gewerkschaften mit dem ADGB berührt haben.

Die Reichsbank teilt mit, dass sie den Rest des Rediskontkredits in Höhe von 52,5 Millionen Dollar zurückgezahlt hat.

Der Ausweis der Bank weist eine Verringerung der Währungsreserve um 225,7 Millionen Mark auf 529,7 nach. Die Goldbestände verringerten sich allein um 224,4 Millionen auf 421,3 Millionen, während die Revisenbestände um 1,3 Millionen auf 108,4 Millionen absanken. Die Deckung der Noten durch Gold und deckungsfähige Devisen betrug am 15. April 15,5 % gegen 22 % am 7. April d.J. Nach Abzug der nunmehr noch bestehenden kurzfristigen Devisenverpflichtungen aus dem Amerika-Kredit der Deutschen Golddiskontbank in Höhe von 45 Millionen stellt sich die Deckung auf 10 % gegen 10,1 % am Ende der Vorwoche.

Die gesamte Kapitalsanlage hat sich natürlich, da die zur Deckung des Rediskontkredits beanspruchten Wechsel frei geworden sind, erhöht und zwar

Wo Begeisterung zu Tage tritt, hat der Kitsch bisher immer noch Geschäfte zu machen versucht und auch gemacht. Auch mit der "nationalen Erhebung" ist das nicht anders geworden. Die Reichsregierung steht deshalb im Begriff, ein Gesetz gegen die Verkitschung der nationalen Revolution zu erlassen.

Das Gesetz dürfte sich in erster Linie gegen die Ausnutzung der jetzigen Verhältnisse zu geschäftlichen Zwecken wenden. Was darunter zu verstehen ist, ergibt sich aus einer halbamtlichen Verlautbarung, nach der ein Dresdner Verlag ein "Spiel der nationalen Erhebung" mit dem Untertitel: "NSDAP gewinnt" anbietet. Eine Münchener Bleistiftfirma hat einen "Horst-Wessel-Stift" angefertigt, auf dem sich der gesamte Text des Horst-Wessel-Liedes findet. Auch gegen Eisstuben mit rotierendem Hakenkreuz und gegen einen Berliner Tanzpalast, in dem Eintänzer in der Uniform von friederichianischen Offizieren tätig sind, soll eingeschritten werden.

Die Reichsregierung betrachtet, wie von unterrichteter Seite erklärt wird, solche Geschäftspraktiken als Verhöhnung der nationalen Erhebung. Sie will sich derartige Auswüchse nicht länger gefallen lassen.

Der Zentrumsabgeordnete des Preussischen Landtags Diel, der im Rheinland gewählt ist, wurde unter dem Verdacht der Untreue in seinem Wohnort bei Bingerbrück verhaftet. Diel werden Unregelmässigkeiten in der Rebenaufbaugenossenschaft vorgeworfen, die immer mit grossen Staatsmitteln gearbeitet hat.

Mit Diel befinden sich nunmehr vier massgebende Zentrumspolitiker unter der gleichen Beschuldigung in Haft. Vor Wochen wurde bereits der Reichstagsabgeordnete des Zentrums und frühere Reichsernährungsminister Hermes festgenommen. Hermes hat sein Mandat inzwischen niederlegen müssen. Nach ihm wurde der Vizepräsident des Reichstags Thomas Esser in Euskirchen in Haft genommen und dann der Reichstagsabgeordnete des Zentrums Eduard Verhülsdonk in Neuwied.

Zwischen den freigewerkschaftlichen Organisationen und den christlichen Gewerkschaften sind in den letzten Tagen Besprechungen geführt worden, die auch die Frage eines engeren Zusammengehens des Gesamtverbands der christlichen Gewerkschaften mit dem ADGB berührt haben.

Die Reichsbank teilt mit, dass sie den Rest des Rediskontkredits in Höhe von 52,5 Millionen Dollar zurückgezahlt hat.

Der Ausweis der Bank weist eine Verringerung der Währungsreserve um 225,7 Millionen Mark auf 529,7 nach. Die Goldbestände verringerten sich allein um 224,4 Millionen auf 421,3 Millionen, während die Revisenbestände um 1,3 Millionen auf 108,4 Millionen absanken. Die Deckung der Noten durch Gold und deckungsfähige Devisen betrug am 15. April 15,5 % gegen 22 % am 7. April d.J. Nach Abzug der nunmehr noch bestehenden kurzfristigen Devisenverpflichtungen aus dem Amerika-Kredit der Deutschen Golddiskontbank in Höhe von 45 Millionen stellt sich die Deckung auf 10 % gegen 10,1 % am Ende der Vorwoche.

Die gesamte Kapitalsanlage hat sich natürlich, da die zur Deckung des Rediskontkredits beanspruchten Wechsel frei geworden sind, erhöht und zwar

um 168,5 Millionen auf 3418,9 Millionen. Lässt man diese Entwicklung unberücksichtigt, so ergibt sich, dass etwa 50 Prozent der Ende März beanspruchten zusätzlichen Kredite zurückgeflossen sind. Der Geldbedarf der Wirtschaft erweist sich so wesentlich geringer als man nach dem Reichsbankausweis Ende März annehmen konnte.

Die Sitzung des Reichskabinetts, die für Mittwoch vorgesehen war, ist auf Sonnabend verschoben worden. Der Reichskanzler, der sich seit voriger Woche in Bayern aufhält, wird erst am Sonnabend nach Berlin zurückkehren.

Der Beirat des Verbandes sozialer Baubetriebe nahm auf Vorschlag des Aufsichtsratsvorsitzenden Bernhard (Baugewerksbund) folgende Resolution an:

"Der Beirat empfiehlt den beschlussfassenden Organen des Verbandes sozialer Baubetriebe, die Geschäftsführung zu beauftragen, unter Beobachtung der Gesamtlage von Fall zu Fall zu prüfen, ob eine Liquidation einzelner Betriebe zweckmässig ist. Beherrschender Grundsatz muss dabei sein, dass die vorhandenen Betriebsvermögen in möglichst grossem Umfange zugunsten der Gesellschafter erhalten werden können. Zur erfolgreichen Durchführung von Liquidationen einzelner, nicht haltbarer Betriebe hält der Beirat die Bildung einer Ausgleichskasse beim Verband sozialer Baubetriebe nach den Vorschlägen der Geschäftsführung für notwendig. Wo die einzelnen Betriebe noch Arbeitsmöglichkeiten haben oder sich solche weiter verschaffen können, muss alles darangesetzt werden, die Funktionen der betreffenden Betriebe aufrechtzuerhalten."

Die Geschäftsführung soll in Gemeinschaft mit den zuständigen Bezirksleitern entscheiden, welche Betriebe stillgelegt bzw. abgewickelt werden sollen, und in welchem Umfang sich die einzelnen Betriebe finanziell daran beteiligen.

Vorher machte der Geschäftsführer Ellinger folgende Ausführungen: "Die Bauhüttenbewegung hat keine politischen sondern wirtschaftliche Aufgaben. Es ist selbstverständlich, dass die Bauhütten und der Verband sozialer Baubetriebe den Wunsch haben, auch nach der Staatsumwälzung an der Lösung der wirtschaftlichen Aufgaben des deutschen Volkes mitzuwirken. Einen Grund gegen eine solche Mitarbeit sehe er nicht. Das vom Reichskanzler im Reichstag verkündete Wirtschaftsprogramm der Regierung enthält Grundsätze, nach denen die Bauhüttenbewegung seit ihrem Bestehen gearbeitet hat und nach denen sie auch in Zukunft arbeiten will. Dazu gehört besonders der Grundsatz, dass das Kapital der Wirtschaft und die Wirtschaft dem Volk zu dienen habe und nicht umgekehrt. Auch dem Gedanken, dass der wirtschaftliche und politische Liberalismus überlebt sei, könne die Bauhüttenbewegung ohne Einschränkung zustimmen. Manche Aeusserungen und Handlungen der letzten Zeit liessen allerdings erkennen, dass jene Teile des deutschen Volkes, die in den gewerkschaftlichen Wirtschaftsbetrieben unliebsame Konkurrenten sehen, die Mitarbeit der sozialen Baubetriebe nicht wollen. Man wird abwarten müssen, ob die massgebenden Männer in der Regierung der gleichen Meinung sind oder ob sie nicht mit Rücksicht auf den volkswirtschaftlich wertvollen Gedanken, der in dieser Bewegung verkörpert ist, ihre Erhaltung wenn nicht gar ihren Ausbau wünschen müssen."

Berlin, den 18. April 1933.

Die bayerische Regierung.

Als erster deutscher Freistaat hat Bayern nach der "nationalen Erhebung" mit der Ernennung einer normalen Regierung durch den Reichsstatthalter Ritter von Epp die Gleichschaltung vollendet.

Die neue bayerische Regierung ist rein nationalsozialistisch. Immerhin wurde ein kleines Hintertürchen offengehalten, durch das später auch andere Parteien mit in die Verantwortung schlüpfen können. Voraussetzung ist, dass sie sich im Geiste und im Willen der jetzigen Machthaber bewähren und ihr Vertrauen erwerben. Dabei ist wohl zunächst an die an sich schon alte Kampffront Schwarz-Weiss-Rot gedacht. Aber mehr noch als auf sie bezieht sich die von der neuen Regierung geforderte Bewährung auf die Bayerische Volkspartei. Ihr gilt vor allem der Appell des neuen Ministerpräsidenten Siebert, bald möglichst "guten Willens" zu sein und die neue Gleichschaltung durch Taten zu beweisen. Die unter sichtlichem Zwang und in immer neuen Formulierungen fabrizierten Bekenntnisse der Bayerischen Volkspartei haben die Sieger vom 9. März noch nicht überzeugt. Sie haben deshalb auch darauf bestanden, dass die durch fortgesetzte Verhandlungen immer wieder hinausgeschobene Auflösung der "Bayernwacht" mit dem 13. April endgültig und unwiderruflich vollzogen werden musste.

Die verbindlichen Worte, die der neue Ministerpräsident nach seiner Ernennung der Öffentlichkeit übergab, haben Politiker, die den Nationalsozialisten sehr nahe stehen, öffentlich zu der Bemerkung veranlasst, es wäre denkbar, dass sich unter gewissen Voraussetzungen auch zur Sozialdemokratie ein mindestens erträgliches Verhältnis herstellen liesse. Auf praktische Vorgänge kann sich diese Meinung bisher nicht stützen. Unter der Parole "Ausrottung des Marxismus" unterliegen die Sozialdemokraten in Bayern nach wie vor dem gleichen Druck wie die Kommunisten. Ein Unterschied ist nur insofern festzustellen, dass die sozialdemokratischen Schutzhaftgefangenen nicht mit Kommunisten untergebracht sind. In dem Konzentrationslager des rechtsrheinischen Bayern (Dachau) wurden bisher auch keine Sozialdemokraten eingeliefert. Das Konzentrationslager in der Pfalz (Neustadt a. d. Hardt) wurde vor einigen Tagen geräumt. Alle sozialdemokratischen Häftlinge wurden bis auf einen entlassen. Andererseits wird aus Bamberg berichtet, dass dort im Gegensatz zu den verhafteten Sozialdemokraten ortsbekannte Kommunisten freigelassen wurden.

Allerdings hat die neue bayerische Regierung in einer Beziehung die Verbindung mit sozialdemokratischer Politik in Bayern sehr wesentlich hergestellt. Ihre erste Tat war die Aufhebung des bayerischen Ministeriums des Aeussern und die Errichtung einer "Staatskanzlei", wobei sie genau nach dem Rezept verfuhr, das der sozialdemokratische Ministerpräsident Hofmann und sein Kabinett am 5. März 1920 dem Bayerischen Landtag in einem Gesetzentwurf vorgeschlagen haben. Der kurz darauf durch Kahr repräsentierte politische Umschwung in Bayern liess diesen sozialdemokratischen Reformwillen nicht zur Tat ausreifen, ebenso scheiterten alle späteren in der gleichen Richtung unternommenen Versuche.

Die personelle Zusammensetzung des neuen Kabinetts ist die gleiche wie die der revolutionären Kommissariatsregierung vom 10. März 1933. Auch in der Struktur der durch Minister und Staatssekretäre geleiteten Arbeitsgebiete hat sich gegenüber dem kommissarischen Zustand nichts wesentliches geändert. Nur das Staatssekretariat bei der Reichsstatthalterei ist etwas

Berlin, den 18. April 1933.

Die bayerische Regierung.

Als erster deutscher Freistaat hat Bayern nach der "nationalen Erhebung" mit der Ernennung einer normalen Regierung durch den Reichsstatthalter Ritter von Epp die Gleichschaltung vollendet.

Die neue bayerische Regierung ist rein nationalsozialistisch. Immerhin wurde ein kleines Hintertürchen offengehalten, durch das später auch andere Parteien mit in die Verantwortung schlüpfen können. Voraussetzung ist, dass sie sich im Geiste und im Willen der jetzigen Machthaber bewähren und ihr Vertrauen erwerben. Dabei ist wohl zunächst an die an sich schwache Kampffront Schwarz-Weiss-Rot gedacht. Aber mehr noch als auf sie bezieht sich die von der neuen Regierung geforderte Bewährung auf die Bayerische Volkspartei. Ihr gilt vor allem der Appell des neuen Ministerpräsidenten Siebert, bald möglichst "guten Willens" zu sein und die neue Regierung durch Taten zu beweisen. Die unter sichtlichem Zwang und in immer neuen Formulierungen fabrizierten Bekenntnisse der Bayerischen Volkspartei haben die Sieger vom 9. März noch nicht überzeugt. Sie haben deshalb auch darauf bestanden, dass die durch fortgesetzte Verhandlungen immer wieder hinausgeschobene Auflösung der "Bayernwacht" mit dem 13. April endgültig und unwiderruflich vollzogen werden musste.

Die verbindlichen Worte, die der neue Ministerpräsident nach seiner Ernennung der Öffentlichkeit übergab, haben Politiker, die den Nationalsozialisten sehr nahe stehen, öffentlich zu der Bemerkung veranlasst, es wäre denkbar, dass sich unter gewissen Voraussetzungen auch zur Sozialdemokratie ein mindestens erträgliches Verhältnis herstellen liesse. Auf praktische Vorgänge kann sich diese Meinung bisher nicht stützen. Unter der Parole "Ausrottung des Marxismus" unterliegen die Sozialdemokraten in Bayern nach wie vor dem gleichen Druck wie die Kommunisten. Ein Unterschied ist nur insofern festzustellen, dass die sozialdemokratischen Schutzhaftgefangenen nicht mit Kommunisten untergebracht sind. In dem Konzentrationslager des rechtsrheinischen Bayern (Dachau) wurden bisher auch keine Sozialdemokraten eingeliefert. Das Konzentrationslager in der Pfalz (Neustadt a.d. Hardt) wurde vor einigen Tagen geräumt. Alle sozialdemokratischen Häftlinge wurden bis auf einen entlassen. Andererseits wird aus Bamberg berichtet, dass dort im Gegensatz zu den verhafteten Sozialdemokraten ortsbekannte Kommunisten freigelassen wurden.

Allerdings hat die neue bayerische Regierung in einer Beziehung die Verbindung mit sozialdemokratischer Politik in Bayern sehr wesentlich hergestellt. Ihre erste Tat war die Aufhebung des bayerischen Ministeriums des Äusseren und die Errichtung einer "Staatskanzlei", wobei sie genau nach dem Rezept verfuhr, das der sozialdemokratische Ministerpräsident Hofmann und sein Kabinett am 5. März 1920 dem Bayerischen Landtag in einem Gesetzentwurf vorgeschlagen haben. Der kurz darauf durch Kahr repräsentierte politische Umschwung in Bayern liess diesen sozialdemokratischen Reformwillen nicht zur Tat ausreifen, ebenso scheiterten alle späteren in der gleichen Richtung unternommenen Versuche.

Die personelle Zusammensetzung des neuen Kabinetts ist die gleiche wie die der revolutionären Kommissariatsregierung vom 10. März 1933. Auch in der Struktur der durch Minister und Staatssekretäre geleiteten Arbeitsgebiete hat sich gegenüber dem kommissarischen Zustand nichts wesentliches geändert. Nur das Staatssekretariat bei der Reichsstatthalterei ist etwas

ganz Neues, über dessen eigentliche Amtsgeschäfte noch niemand etwas weiss. Dass an seiner Spitze der Stabschef der nationalsozialistischen SA und SS Ernst Röhm steht, lässt der Kombination wohl einigen Spielraum, besonders wenn man damit die neugeschaffene Zentralisation der politischen Polizei in Bayern in Zusammenhang bringt. Denn diese politische Polizei ist wohl dem Innenminister unterstellt, aber mit ausserordentlich weitgehenden Vollmachten ausgestattet und ihr Kommandeur ist der Reichsführer der SS Himmler.

Viele Hoffnungen der Zivilbevölkerung in Bayern ruhen für die nächste Zeit auf der Person des neuen Ministerpräsidenten und Finanzministers Siebert, der sich schon vor Wochen dazu bekannte, dass er kein Mann der Experimente sei. Diese Hoffnungen stützen sich einmal auf die geistige Fassung, in der dieser Mann als der Typ des liberalen bayerischen Beamten der Vergangenheit eine im Sachlichen erfolgreiche Karriere im Verwaltungsdienst hinter sich gebracht hat, dann aber auch auf einige bemerkenswerte Wendungen, mit denen er seine Ministerpräsidentschaft am 12. April angetreten hat. So äusserte er u.a.: "Das, was hinter uns liegt, muss verabschiedet werden. Wir reichen allen die Hand, die heute willens sind, mit uns zu arbeiten."

Die sozialdemokratischen Stadtverordneten der Stadt Goldberg in Schlesien haben auf die Annahme ihrer Mandate verzichtet.

X X X

In Bad Landeck wurden dieser Tage zwei Schweidnitzer Reichsbannerfunktionäre, die aus Furcht vor Misshandlungen geflohen waren, von SA-Leuten aufgegriffen und festgenommen. Die SA-Leute brachten die Reichsbannerleute unter Misshandlungen nach Schweidnitz zurück. Elsner und Herde begaben sich darauf in die Reichswehrkaserne, um sich unter militärischen Schutz zu stellen. Der Standortälteste der Garnison Schweidnitz sah sich durch das Ersuchen der Reichsbannerfunktionäre zu einer energischen Aktion gegen die SA veranlasst. Er liess das Schweidnitzer Braune Haus, das in einer ehemaligen Margarinefabrik eingerichtet ist, durch ein Kommando Reichswehrsoldaten schliessen.

X X X

In den oberschlesischen Industriestädten wurden 40 Arbeiter, die der Freien Arbeiterunion Deutschlands angehören, von der Polizei in Schutzhaft genommen und ins Gleiwitzer Gerichtsgefängnis eingeliefert. Auch in anderen oberschlesischen Städten gaben die Polizeibehörden gegen die Mitglieder syndikalistischer Organisationen vor.

X X X

Im Wohlauser Kreistag fand ein nationalsozialistischer Dringlichkeitsantrag Annahme, demzufolge die amtlichen Bekanntmachungen der Kreisverwaltung künftig nur noch in Zeitungen erscheinen dürfen, die sich dem Kreisausschuss gegenüber verpflichten, Inserate, Bekanntmachungen und Beilagen von jüdischen Firmen, Aerzten und Rechtsanwälten abzulehnen.

Der preussische Ministerpräsident Göring hat den Kölner Regierungspräsidenten Elfen, der Mitglied des Zentrums ist, beurlaubt. Mit der Führung der Geschäfte ist der Vizepräsident der Regierung in Köln, Dr. Bönsen, beauftragt worden.

An die Mitglieder der Gewerkschaften!
Kollegen und Kolleginnen!

Im Zeichen des 1. Mai habt ihr alljährlich euch zu der grossen Aufgabe bekannt, in der deutschen Arbeiterschaft den hohen Gedanken der gegenseitigen Hilfe durch Erziehung zu Standesbewusstsein, Gemeinschaftswillen und Kameradschaftsgeist unermüdlich zu wecken, zu pflegen und zu fördern, wie er in unseren Gewerkschaften seinen organisatorischen Ausdruck gefunden hat.

Am Tage des 1. Mai erglühte stets erneut das Bekenntnis der von leidenschaftlichem Kulturwillen beseelten deutschen Arbeiter, den werktätigen Menschen einem dumpfen Arbeitsdasein zu entreissen und ihn als freie, selbstbewusste Persönlichkeit in die Gemeinschaft des Volkes einzuordnen.

So habt ihr im Zeichen des 1. Mai euch den gesetzlichen Achtstundentag, das Recht auf menschenwürdige Existenz erobert.

Wir begrüssen es, dass die Reichsregierung diesen unseren Tag zum gesetzlichen Feiertag der nationalen Arbeit, zum deutschen Volksfeiertag erklärt hat.

An diesem Tage soll nach der amtlichen Ankündigung der deutsche Arbeiter im Mittelpunkt der Feier stehen.

Der deutsche Arbeiter soll am 1. Mai standesbewusst demonstrieren, soll ein vollberechtigtes Mitglied der deutschen Volksgemeinschaft werden. Das deutsche Volk soll an diesem Tage seine unbedingte Solidarität mit der Arbeiterschaft bekunden.

Kollegen und Kolleginnen in Stadt und Land! Ihr seid die Pioniere des Mägedankens. Denkt immer daran und seid stolz darauf.

In herzlicher Kameradschaft mit euch allen unerschütterlich verbunden, senden wir euch zu diesem Tage unseren gewerkschaftlichen Gruss.

Berlin, 15. April 1933.

Der Bundesvorstand
des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Die Sozialdemokratie ist weder in dem inzwischen "gleichgeschalteten" Braunschweiger Landtag noch in der ebenfalls "gleichgeschalteten" Braunschweiger Stadtverordnetenversammlung vertreten.

Die Ursache ist folgende: Der grösste Teil der bisherigen Abgeordneten hat seine Mandate unter Umständen niederlegen müssen, die den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei zu einer Beschwerde an den Reichsinnenminister veranlassten. Von einem freiwilligen Mandatsverzicht, wie es ein Teil der Presse in letzter Zeit meldete, kann in Braunschweig in keinem Fall die Rede sein. Die neu aufzustellenden Kandidaten mussten befürchten, in gleicher Weise behandelt zu werden wie die bisherigen Abgeordneten, zumal in dem Gesetz für die Neubildung des Landtags vorgeschrieben ist, dass die Bewerber ihre Zustimmung persönlich und nicht schriftlich vollziehen müssen. Nach den Vorkommnissen in Braunschweig war dieses persönliche Erscheinen mit der Wahrscheinlichkeit verknüpft, dass es zur Ausübung des Mandats nicht gekommen wäre. Deshalb unterblieb eine Kandidatenaufstellung.

Der von der Reichsregierung eingesetzte Genossenschaftskommissar Dr. Bayerhoffer hat Massnahmen für die Konsumgenossenschaften bis jetzt noch nicht getroffen. Seine Tätigkeit erstreckt sich zunächst durchweg auf die landwirtschaftlichen Genossenschaften. In einer kurzen Unterredung des Kommissars mit Vertretern der Hamburger Konsumgenossenschaftszentralen wies Bayerhoffer, der früher im Reichsfinanzministerium tätig war und die Arbeit der Konsumgenossenschaften gut kennt, auf die Notwendigkeit hin, die Spar - Ordnungen unbedingt innezuhalten.

Der Hinweis steht wohl mit der Tatsache im Zusammenhang, dass die letzten politischen Ereignisse zu einer stärkeren Abhebung von Spargeldern bei den Konsumgenossenschaften geführt haben. Der auf den Genossenschaften lastende Krisendruck verschärft sich selbstverständlich dadurch. Unter diesen Umständen war es nicht zu vermeiden, und wird es wohl in Zukunft nicht zu vermeiden sein, dass diese oder jene Genossenschaft das Vergleichsverfahren in Anspruch nehmen muss. Das war bisher in Breslau der Fall, wo die Beteiligten dem vorgeschlagenen Vergleich zugestimmt haben und das Verfahren aufgehoben werden konnte. Für Guben, wo ein guter Genossenschaftlicher Geist herrscht und der Umsatz sich ständig steigert, liegt ein Vergleichsvorschlag vor, nach dem die Sparergläubiger zunächst 70 Prozent ihrer Einlagen erhalten und später den Rest, sofern sie im Geschäftsjahr 1932/33 einen Umsatz von 200 Mark nachweisen können. Den Warengläubigern wird, wenn sie auf Kosten und Zinsen verzichten, eine Quote von 30 Prozent angeboten. Die Genossenschaft in Brandenburg, die schon seit längerem in Schwierigkeiten steckte, hat ihre Zahlungen eingestellt und das Vergleichsverfahren beantragt.

In Gewerkschaftskreisen rechnet man damit, dass die Entscheidung über die Zukunft der Arbeitergewerkschaften in den nächsten Tagen, zumindestens aber bis zum 1. Mai fallen wird.

In den letzten Tagen stand im Vordergrund der Erwägungen ein Projekt, wonach die NSBO als Dachzentrale ausgestaltet werden soll, der die einzelnen Gewerkschaftsbünde anzuschliessen sind. Nach Lage der Dinge würden von den bestehenden Bündeln der Deutsche Beamtenbund, der Deutschnationale Handlungsgelhilfenverband mit den Angestelltengewerkschaften und der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund als Spitze der Arbeitergewerkschaften dafür in Frage kommen. Die Fühlungnahme der Beteiligten sollte am Dienstag nach Ostern erfolgen. Am Dienstag und Mittwoch waren Verhandlungen zwischen Vertretern von Gewerkschaftsverbänden und Vertretern der NSBO angesetzt. Sie fanden aber nicht statt. Abgesagt wurden sie durch die Beauftragten der NSBO und zwar allem Anschein nach auf Weisung höherer Stellen hin. Wie weit die Auffassung zutrifft, dass die abgesagten Verhandlungen auf eine Aenderung des oben erwähnten Konzentrationsprojekts schliessen lassen, muss abgewartet werden.

Der sozialdemokratische Abgeordnete des Bayerischen Landtags Ehrhard Auer, der vor wenigen Tagen in Haft genommen wurde, ist auf Anordnung des bayerischen Innenministers inzwischen wieder auf freien Fuss gesetzt worden. Allerdings muss sich Auer täglich bei der Polizei melden.

1 Ostern führte der Reichskanzler in seiner Villa bei Berchtesgaden u.a. Besprechungen mit dem Reichsarbeitsminister und Stahlhelmführer Seldte.

In den letzten Wochen waren zwischen SA und Stahlhelmformationen wiederholt Zwischenfälle zu verzeichnen, die sich keineswegs auf die in der Öffentlichkeit bekannt gewordenen Fälle beschränken. Weit grösser ist die Zahl der Fälle, die nicht bekannt geworden sind und auf Reibereien zwischen örtlichen Formationen der SA und des Stahlhelms beruhen. In dieser Hinsicht eine Bereinigung herbeizuführen, die für die Zukunft ähnliche Zwischenfälle und Reibereien ausschliesst, war der Zweck der Besprechungen zwischen Hitler und Seldte zu Ostern. Welches Ergebnis sie im einzelnen gehabt haben, ist bisher nicht bekannt geworden. Man spricht u.a. davon, dass schon demnächst eine Art Arbeitsgemeinschaft zwischen SA und Stahlhelm in Erscheinung treten soll, aber auch davon, dass Hitler als Schutzpatron des Stahlhelms in Aussicht genommen sei. Beide Anregungen, die auf die Dauer schliesslich zu einer Verschmelzung des Stahlhelms mit der SA führen müssen, gehen vom Stahlhelm aus. Insbesondere die letztere ist in den Reihen des Stahlhelms in letzter Zeit viel zustimmend erörtert worden. Wie weit die Dinge bereits gediehen sind, zeigt der Uebertritt des Stahlhelm-Gauleiters des Gaues Ruhr-Lippe Niederhoff zur NSDAP mit der Erklärung, dass auch der Stahlhelm in Adolf Hitler seinen Führer sehen müsse.

Am 13. April verübte der Direktor des Berliner Krankenkassen-Verbandes Max Ebel Selbstmord durch Erhängen. Blätter wie die "Berliner Börsen-Zeitung" berichten über den Vorfall, der sich in der Schutzhaft ereignete, unter dem Titel wie "Betrüger am Volke". Vorher wurde Ebel in der Presse beschuldigt, sich bereichert zu haben. Am Dienstagabend muss die "Berliner Börsen-Zeitung" auf Grund einer Mitteilung des zuständigen Staatsanwalts feststellen, dass die Untersuchung gegen Direktor Ebel die Haltlosigkeit der gegen ihn erhobenen Anschuldigungen ergeben hat.

In der Buchbinder-Zeitung gibt J. Römer-Düren (Rheinland), seit Jahren freigewerkschaftlich organisiert, ein Bild aus der Besatzungszeit des Rheinlandes, in dem sich folgende nicht ganz unzeitgemässe Ausführungen finden:

"Gleich nach Beginn der Besatzung wurde eine Verkehrssperre von abends 9 Uhr bis morgens 6 Uhr für die Stadt Düren verkündet. Ohne besondere Genehmigung durfte sich in der angegebenen Zeit niemand auf der Strasse sehen lassen. Ferner mussten alle männlichen Einwohner von 17 Jahren an die Besatzungsoffiziere durch Abnehmen der Kopfbedeckung grüssen. Als später infolge der besonnenen Haltung der Bevölkerung gewisse Erleichterungen eingetreten waren, kam die unselige Ruhrbesetzung mit neuem Hass und neuer Erbitterung. Es folgte die Zeit der Ausweisungen. Fast täglich wurden viele Familien von Heim und Hof vertrieben und ihre Wohnungen mit französischen Eisenbahnern belegt, die bei der französischen Eisenbahnregie im Dienst standen. Es folgten im Oktober 1923 die Schreckenstage der Separatistenherrschaft, die nur dadurch ermöglicht waren, dass sie von französischem Militär unterstützt wurden. Die bereitstehenden Maschinengewehre am Marktplatz, die Tanks auf dem Schulhof der Pechschule, das Pferdegetrappel der französischen Kavallerie in den Strassen sollte der "Ruhe und Ordnung" dienen. Kein Dürener Bürger war auch nur einen Augenblick im Zweifel, dass sich die Kugeln ihr Ziel nicht in den Reihen der "Rheinlandtruppen" gesucht

und die französischen Rosse nicht die niedertreten würden, die sich "Soldaten der Rheinland-Republik" nannten. Die Verbundenheit zwischen Besatzung und Separatisten offenbarte sich in jeder Hinsicht. Die Separatistenfahne am Rathaus wurde Tag und Nacht von einem französischen Kolonialsoldaten bewacht. Die von den Franzosen verfolgten Pläne, das Rheinland mit Frankreich politisch und wirtschaftlich zu vereinigen, erreichte in der Separatistenbewegung ihren Höhepunkt. Erst als Frankreich einsehen musste, dass das Spiel der Separatisten verloren war, räng sich auch bei ihm die Erkenntnis durch, dass die rheinische Bevölkerung unerschütterlich mit dem übrigen deutschen Volke verbunden ist. Dieser Beweis wurde nicht zuletzt durch die organisierte Arbeiterschaft erbracht. Die Sonderbündlerschaft ist wohl das schlimmste in der Erinnerung an die Besatzungszeit. Erst in den letzten Jahren traten langsam Erleichterungen für die Bevölkerung in den besetzten Gebieten ein, bis endlich die Stunde der Befreiung gekommen war. Die freigewerkschaftliche Arbeiterschaft hat zu jeder Zeit während dieser schweren Jahre der Prüfung treu zur Heimat gestanden und ist niemals wankend geworden. Das sollte auch heute nicht vergessen werden!"

Am 30. April soll eine in Berlin stattfindende Delegiertenkonferenz des Reichsverbandes der Deutschen Presse über die Gleichschaltung in dieser Organisation entscheiden.

Ueber die Gleichschaltung selbst bestehen Unstimmigkeiten. Die Regierung wünscht den Ausschluss aller parteimässig gebundenen Marxisten, anscheinend ohne Rücksicht darauf, dass diese Angehörigen des Verbandes ihrer Berufsorganisation jahrelang, in vielen Fällen 10 Jahre und länger angehören, im Felde ihre Pflicht getan haben und dafür ausgezeichnet worden sind. Die jüdischen Mitglieder sollen im Reichsverband verbleiben, aber keine Ämter ausüben dürfen. Weiter gehen die Forderungen der nationalsozialistischen Verbandsangehörigen. Sie fordern auch den Ausschluss der Juden.

Die Umgruppierung im Reichsverband hat besondere Bedeutung. Man muss für die Zukunft mit einer Regelung rechnen, die jede Ausübung des Berufs des Redakteurs bzw. Journalisten von besonderen Bedingungen abhängig macht. Eine dieser Bedingungen dürfte die Mitgliedschaft im Reichsverband der Deutschen Presse sein.

Das Reichskabinett, das am Mittwoch mittag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers wieder zusammentritt, wird sich u.a. mit einem Gesetzentwurf "gegen die Ueberfremdung der höheren Schulen" befassen. Der Gesetzentwurf regelt die Zulassung von Schülern jüdischer Abstammung zum Besuch der höheren Schulen für das ganze Reich. Die Länder werden zu dem Gesetz Durchführungsbestimmungen erlassen, die wahrscheinlich noch vor dem 1. Mai in Kraft treten werden. Ausserdem liegt dem Reichskabinett eine reichsgesetzliche Regelung der Studentenfrage nach preussischem Vorbild vor.

x x x

Die Vereinbarungen zwischen Reich und Ländern, die für den Zugang der Abiturienten zur Hochschule einschränkende Bestimmungen festsetzen, lauten folgendermassen: "Angesichts der grossen Zahl der Abiturienten, der Ueberfüllung der Hochschulen und des akademischen Arbeitsmarktes werden die Unterrichtsverwaltungen von Ostern 1933 ab folgende Regelung des Zuges der Abiturienten zu den Hochschulen übereinstimmend durchzuführen:

1. Die Prüfungskommission jeder Schule stellt für jeden einzelnen Abiturienten aktenmässig fest, ob ihm nach seinen menschlichen und geistigen Anlagen, seinen Neigungen und Leistungen vom Hochschulstudium abzuraten ist.
2. Die Schulleitung teilt den Erziehungsberechtigten solcher Abiturienten, denen vom Studium abgeraten ist, diese Entscheidung mit.
3. Die höhere Schule teilt der Hochschule auf Anfordern die gemäss Ziffer 1 getroffene Entscheidung mit. Anderen Stellen darf diese Entscheidung nicht bekanntgegeben werden.
4. Auf Schulfremde finden die Vorschriften der Ziffern 1 bis 3 entsprechende Anwendung.
5. Wer trotz des Abratens ein Hochschulstudium ergreift, kann nicht damit rechnen, irgendwelche Studienvergünstigungen zu erhalten.
6. Es ist damit zu rechnen, dass die Eignung derjenigen Abiturienten, denen vom Hochschulstudium abgeraten worden ist, im Laufe der ersten drei Semester nachgeprüft und dass diese Nachprüfung bei allen weiteren Prüfungen und bei der Zulassung zu Seminaren und Uebungen gewartet wird."

Der Ordinarius für experimentelle Physik an der Göttinger Universität, Professor Dr. James Franck, Nobelpreisträger des Jahres 1925, hat den Preussischen Kultusminister um sofortige Entbindung von seinen Amtspflichten gebeten. Professor Franck, der Jude ist, wäre nicht unter die gesetzlichen Abbaubestimmungen gefallen, da er den Weltkrieg als Kriegsfreiwilliger vom Dezember 1914 bis Februar 1918 an der Front mitgemacht hat. Er besitzt das Eiserne Kreuz erster und zweiter Klasse und zahlreiche Kriegsauszeichnungen.

Professor Franck hat seinen Schritt mit folgendem Schreiben an den Rektor der Universität Göttingen begründet:

"Ich habe meine vorgesetzte Behörde gebeten, mich von meinem Amt zu entbinden. Ich werde versuchen, in Deutschland weiter wissenschaftlich zu arbeiten. Wir Deutschen jüdischer Abstammung werden als Fremde und Feinde des Vaterlandes behandelt. Man fordert, dass unsere Kinder in dem Bewusstsein aufwachsen, sich nie als Deutsche bewähren zu dürfen. Wer im Kriege war, soll die Erlaubnis erhalten, weiter dem Staat zu dienen. Ich lehne es ab, von dieser Vergünstigung Gebrauch zu machen, wenn ich auch Verständnis für den Standpunkt derer habe, die es heute für ihre Pflicht halten, auf ihrem Posten auszuharren."

Der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes, der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Sprenger, hat jetzt den "Führerrat" gebildet, der an die Stelle des früheren Vorstandes des Deutschen Beamtenbundes treten soll. Dem Führerrat gehören an: Stadtrat a.D. Ehrmann, bisher stellvertretender Bundesvorsitzender, Landgerichtsrat Dr. Krebs, kommissarischer Oberbürgermeister in Frankfurt a.M. und Mitglied der nationalsozialistischen Fraktion des Preussischen Landtags, Reichsbahnassistent Peppmüller, Mitglied der nationalsozialistischen Fraktion des Reichstags, bayerischer Kultusminister Schemm, Oberpostinspektor Schneider, bisher stellvertretender Bundesvorsitzender.

Die Vorstände der einzelnen, dem DBB angeschlossenen Verbände sollen in Anlehnung an die politische Gleichschaltung neu gewählt werden.

Auf dem Parteitag der französischen Sozialisten in Avignon wurde eine Entschliessung Paul Faure-Léon Blum angenommen, in der gefordert wird, dass die sozialistischen Parlamentarier in Zukunft unter keinen Umständen mehr das Budget einer bürgerlichen Regierung, die Militärkredite, die kolonialen Kredite und die geheimen Fonds bewilligen dürfen.

Der Abgeordnete Renaudel verlangte für die Mehrheit der Fraktion vollkommene Handlungsfreiheit. Die Mehrheit der Fraktion werde sich auch in Zukunft trotz aller anderslautenden Parteiresolutionen "selbst ihr Gesetz" geben.

In der Berliner "Vossischen Zeitung
vom Dienstag abend lesen wir:

In Hessen ist vor einigen Tagen der frühere Staatspräsident Karl Ulrich gestorben. Er war Sozialdemokrat. Ueber die Schranken der Partei, ja über die Grenzen der einander bekämpfenden Weltanschauungen hinaus, genoss er unbestritten allgemeine Achtung. Jetzt wird bekannt, dass der gegenwärtige Staatspräsident, Dr. Werner-Butzbach, seinem Vorgänger Worte ehrenden Gedekens gewidmet hat. Er hat der Witwe ein herzliches Beileidsschreiben voll aufrichtiger Teilnahme gesandt, in dem er davon spricht, "mit bewegtem Herzen habe er die Trauernachricht vom Hinscheiden" seines Vorgängers erhalten, den "nun auch nach langem Kämpferleben der Tod mit sich nahm in das unbekannte Land". Das sind würdige Worte, die nicht nur den ehren, dem sie gelten, sondern nicht minder den, der sie geschrieben hat. Revolutionäre Bewegungen sind geneigt, mit sich einen neuen Anfang zu setzen, und mit der vollständigen Ablehnung der unmittelbaren Vergangenheit auch die Erinnerung daran auszulöschen. Die Pflege der Tradition wird wertbetont. Nur wer über sich hinauswächst, vermag auch in dem, was seiner eigenen Skala der Werte widerspricht, Traditionsfähiges zu finden. So hat Reichspräsident von Hindenburg bei seinem Amtsantritt die Tradition seines Vorgängers Friedrich Ebert bewusst aufgenommen und in seiner Ansprache an die Reichsregierung seines Vorgängers ehrend gedacht. So hat umgekehrt die Regierung des Freistaates Baden beim Tode des letzten Grossherzogs sich an die Spitze der Beileidsbezeugenden gesetzt. Gerade Hessen übrigens hat bei der Revolution von 1918/19 ein besonderes Beispiel eines Traditionsbewusstseins gegeben, das über die Kluft zwischen entgegengesetzten Lebenskreisen die Brücke schlägt. Eben der jüngst verstorbene Staatspräsident Ulrich erhielt damals ein Schreiben des abgedankten Grossherzogs, das ihm Anerkennung zollte für den Dienst am Staate während der Umwälzung. Je grösser die Zahl der Männer ist, die in Deutschland inmitten der Stürme den Blick sich freihalten und auch im Gegner den deutschen Menschen erkennen, desto besser für unser Land.

Am 19. April vor 50 Jahren wurde einer der grössten deutschen Konzerne gegründet, die Deutsche Edison-Gesellschaft, die unter den drei Buchstaben AEG (Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft) Weltruf erlangte.

Mit dem Siemenskonzern, der seine Tätigkeit auch auf das Gebiet des Schwachstroms ausdehnte, beherrscht die AEG das Starkstromgebiet in Deutschland. Der Konzern beschäftigt selbst in der Krise noch 30 000 Menschen. Ein Teil arbeitet für den Export. Eine Drosselung der elektrotechnischen Ausfuhr würde eine wesentliche Herabsetzung der Belegschaft bedeuten, selbst für

den Fall, dass in Deutschland irgendwie die Mittel freigemacht werden könnten, um die in den letzten Jahren nötig gewordenen Neuanlagen und Reparaturen z.B. in den Gemeinden durchführen zu können.

Gründer der AEG ist Emil Rathenau, der Vater des durch Mörderhand gefallenen Aussenministers der Republik Walter Rathenau. Rathenau erkannte die ungeheuren Verdienstmöglichkeiten, die die Erfindung des Amerikaners Edison, die elektrische, die Glühlampe bot. Nach jahrelangen Versuchen - seine Agenten durchstreiften die ganze Welt nach dem geeigneten Material - war es Edison gelungen, in der Glasbirne eine Bambusfaser durch Zuführung von elektrischem Strom zum Glühen zu bringen. Die Welt staunte - aber sie zweifelte auch. Edisons Sprechmaschine wurde gläubig hingenommen. Aber an das leuchtende Glas ohne Petroleum wollte man nicht glauben. Man hielt es für Spielerei Edisons. Emil Rathenau war einer der ersten, der in Gemeinschaft mit einer französischen Gesellschaft Patente auf Edisons leuchtende Bambusfaser nahm. Auf Grund dieser Patente entwickelte sich die AEG, mit ihr entwickelte sich der zu einem internationalen Syndikat gehörende Osram-Konzern, der von der AEG und Siemens gemeinsam beherrscht wird, und Glühbirnen mit Riesenmaschinen; wahre Wunder der Technik, in einer Anzahl fabrizieren kann, das die gesamte Welt kaum zu verbrauchen vermöchte. Zwischen Siemens und der AEG bestand von Anfang an ein Vertragsverhältnis, das Produktion und Absatz sauberlich regelte. Den Namen AEG nahm das Unternehmen 1887 an.

Wie Siemens unterhielt auch die AEG, vielfach die Judenfirma genannt, obwohl die Dinge bei ihr kaum anders liegen als bei anderen deutschen Konzernen, enge Beziehung zu ausländischen Elektrofirma, besonders zur amerikanischen General Electric-Company. Sie haben sich nach dem Krieg zu einer starken Kapitalbeteiligung der General Electric an der AEG verdichtet und vielfach wird die amerikanische Firma, mit deren Geld die AEG, ähnlich wie Siemens, ihren Export und ihre Weltstellung nach dem Krieg erst ausbauen konnte, als Mutterfirma angesprochen. Dieses Verhältnis wird den Amerikanern demnächst eine tüchtige Stange Geld kosten. Obwohl die AEG kostspielige Neubauten nach dem Kriege vermied, ist eine Kapitalzusammenlegung von 3 : 1 oder 4 : 1 notwendig geworden, wahrscheinlich auf Grund unrentabler Beteiligungen. Zugleich wird der Nominalbetrag bzw. der Zinsfuß der Obligationsanleihen heruntergesetzt werden müssen. Diese Anleihen befinden sich aber im Besitz der Amerikaner.

Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften veröffentlicht eine Erklärung, nach der "durch den Austritt des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes bzw. des Gesamtverbandes Deutscher Angestelltengewerkschaften aus dem Deutschen Gewerkschaftsbund der Fortbestand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften in keiner Weise beeinträchtigt ist. Der Deutsche Gewerkschaftsbund war eine Zusammenfassung der Spitzenverbände der christlich-national organisierten Arbeiter, Angestellten und früher auch von bestimmten Beamtengruppen. Tätigkeit und Aufgabe des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften sind also durch den Austritt des Gedag aus dem DGB nicht beeinträchtigt. Im übrigen wird der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften sofort nach den Osterfeiertagen zusammentreten. Er wird insbesondere zu den Fragen Stellung nehmen, wie neuer Staat und christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung am wirkungsvollsten zum Wohl der Gesamtheit in Einklang gebracht werden können."

Die Erklärung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften zeigt, dass auch er den Austritt des Gesamtverbandes der Angestellten-

gewerkschaften als Ende des Deutschen Gewerkschaftsbundes absieht. Im übrigen dürften Erklärungen, wie sie die christlichen Gewerkschaften abgeben, im Rahmen der gewerkschaftlichen Umgruppierung nur als Positionskämpfe gewertet werden, mit denen der Gewerkschaftsbewegung wenig gedient ist.

Der Beauftragte des Reichskommissars für das sächsische Volksbildungsministerium hat angeordnet, dass alle Schüler der Volks- und Mittelschulen am Religionsunterricht teilzunehmen haben.

Der gegenwärtige württembergische Ministerpräsident Murr wird in den nächsten Tagen zum Reichsstatthalter für Württemberg ernannt werden. Murr wird dann von seinen jetzigen Ämtern des Staatspräsidenten, des Innen- und Wirtschaftsministers zurücktreten.

In Bayern befinden sich nach einer amtlichen Verlautbarung zurzeit noch 3770 Personen in Schutzhaft. Von den 5400 Personen, die in Bayern insgesamt in Schutzhaft genommen wurden, sind in der Zeit vom 13. bis 19. April 1630 auf freien Fuss gesetzt worden; darunter befinden sich 730, deren Akten noch nicht abschliessend geprüft worden sind.

Auf Grund eines polizeilichen Schutzhaftbefehls sind die drei Vorstandsmitglieder der Deutschen Verkehrskreditbank, die Direktoren Dr. Walter Prerauer, Schlesinger und Richard von Schaeven festgenommen worden. Sie stehen in dem Verdacht, sich der handelsrechtlichen Untreue schuldig gemacht zu haben.

Die Deutsche Verkehrs-Kredit A.G. ist ein Bankinstitut mit 20 Millionen RM Aktienkapital. Die Aktien befinden sich im Besitz der Reichsbahn, die die Bank zur Durchführung ihres gesamten Geldverkehrs benutzt.

Die Festgenommenen, die vor einigen Tagen ihrer Ämter enthoben worden sind, sollen zum Nachteil der Bank über Gelder verfügt haben, die mit den Zwecken des Unternehmens nicht in Einklang zu bringen sind. Wie verlautet, soll es sich im einzelnen um drei Fälle handeln, die Gegenstand der Untersuchung sind; in einem Falle allein soll es sich um einen Betrag von über eine Million Reichsmark handeln.

Ein richterlicher Haftbefehl liegt gegen die drei Direktoren nicht vor; sie befinden sich noch in polizeilicher Schutzhaft,
